

# Erziehung und Wissenschaft



Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

3/2005



***Demokratie lernen und leben  
Mutig gegen Rechts***

# Aus der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung – NPD-Verbot nur ultima ratio



Foto: Burkhard Lange

**Eberhard Seidel, Journalist und Geschäftsführer von „Schule ohne Rassismus“**

Es läuft gut für die NPD. Seit Monaten macht sie Schlagzeilen. Der Einzug ins sächsische Landesparlament, die skandalöse Rede vom „Bomben-Holocaust“ in Dresden oder die geplante Demonstration am 8. Mai durch das Brandenburger Tor – die Partei nutzt ihre Chance. Frech und skrupellos fordert sie die Demokraten des Landes heraus. Sie genießt eine Aufmerksamkeit wie seit Ende der 60er Jahre nicht mehr. Dieser Aufschwung war nicht unbedingt zu erwarten. Denn weder in den 80er noch in den 90er Jahren spielte sie eine nennenswerte Rolle. Die NPD, das war ein Altherrenverein, dem nur die wenigsten der äußersten Rechten etwas abgewinnen konnten. Andere gaben den Ton an. Die Einen setzten auf die etwas weniger radikalen, etwas weniger geschichtsrevisionistischen Republikaner eines *Franz Schönhuber*, andere, vor allem gewaltbereite Neonazis, auf Gruppen wie die Freiheitliche Arbeiterpartei Deutschlands (FAP), die Nationalistische Front (NF). Diese hatten in den 90er Jahren großen Einfluss auf die militante Jugendszene und waren für die Explosion der rechten Gewalt mitverantwortlich. Die augenblickliche Präsenz der NPD ist jedoch kein Beweis für ein Erstarken des Neonazismus in Deutschland. Sie ist eher das Ergebnis der repressiven politischen Maßnahmen, die in den letzten zehn Jahren ergriffen wurden. Zur Erinnerung: In den 90er Jahren, nach den Anschlägen und Pogromen in Hoyerswerda, Mölln, Solingen und Rostock-Lichtenhagen, wurden die FAP und die NF verboten. Nur so, wurde damals

von der Politik behauptet und gehofft, könne der Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden. Bereits damals prognostizierten manche Experten: Repressive Maßnahmen würden das Problem nicht lösen, sondern nur verlagern. Wichtiger seien lokale, zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich in den Kommunen rechtsextremistischen Akteuren und ihren Aktivitäten entgegenstellen sowie eine nachhaltige Demokratie- und Menschenrechtserziehung (s. Seiten 16 u. 18) und die Unterstützung demokratischer Jugendkulturen. Tatsächlich haben die Organisationsverbote die neonazistische Bewegung nicht geschwächt. Nahtlos setzten die FAP- und NF-Kader ihre Aktivitäten zunächst in autonomen Kameradschaften, später dann in der NPD fort. Sie trugen wesentlich zum heutigen Erfolg der NPD bei. Verbote können höchstens die *ultima ratio* in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sein. Allerdings sollte vorsichtig mit diesem Instrumentarium umgegangen werden. Denn hinter dem Ruf nach der starken Hand des Staates steckt häufig der Wunsch, das Problem schnell zu lösen und nach oben zu delegieren. Aber die Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis seit 1949 zeigt: Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sind keine Erscheinung des radikalen Randes. Sie erwachsen aus der Mitte der Gesellschaft – und aus der Mitte der Gesellschaft heraus müssen sie bekämpft werden. Kurzfristige Mobilisierungen wie während des „Aufstands der Anständigen“

mögen sinnvoll sein, reichen aber keineswegs aus. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist und bleibt eine stetige Aufgabe, der sich Bildungseinrichtungen, lokale, regionale und bundesweite Politik, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, stellen müssen. Das gescheiterte Verbotsverfahren gegen die NPD macht deutlich: Gut Gemeintes kann gegenteilige Folgen haben. Seit das Bundesverfassungsgericht den Verbotsantrag von Innenminister *Otto Schily* (SPD) zurückweisen musste, erlebt die NPD eine neue Blüte. Folglich genießen NPD-Funktionäre auch heute die öffentliche Erregung über ihr Tun und die Debatten um Parteien- und Demonstrationsverbote sowie die von der Bundesregierung geplanten Einschränkungen des Versammlungsrechts. Damit hätte die NPD ihr Ziel erreicht: Die Partei erscheint der Politik so wichtig und einflussreich, dass der von ihr gehasste demokratische Staat vermeintlich nicht anders agieren kann, als die von den Neonazis verachteten bürgerlichen Freiheitsrechte einzuschränken. Diese Botschaft wird der NPD neue Gefolgschaft bescheren. Sicherlich, was die NPD und ihre Anhänger der Öffentlichkeit seit Monaten zumuten, ist kaum zu ertragen. Wer die Bombardierung Dresdens als „Bomben-Holocaust“ bezeichnet und so den Genozid an den Juden relativiert, wer am 8. Mai, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus, mit neonazistischen Parolen vor den Augen der Weltöffentlichkeit durch das Brandenburger Tor ziehen will, den muss man stoppen. Zu-

mal dies nur die spektakulärsten Aktionen sein werden. Seit Herbst letzten Jahres organisiert die NPD in Städten Demonstrationen durch Einwandererviertel, um die dort lebenden Bürger zu verängstigen. In anderen Städten bedrohen NPD-Anhänger Schüler, Gewerkschafter und Linke, die sich in antirassistischen Gruppen engagieren. Was tun gegen die NPD? Bei all den schlechten Nachrichten sollten wir die guten nicht vergessen. Zur Zeit können die Nationaldemokraten nirgendwo in Deutschland ungestört demonstrieren, an fast keiner Schule ihr Propagandamaterial ungehindert verteilen. Glücklicherweise übersteigt in der Regel die Zahl der Gegendemonstranten die Zahl der Neonazis. Das ist nicht selbstverständlich. Als vor rund fünfzehn Jahren Neonazis offensiv ihre Politik in die Jugendszenen und Schulen hineingetragen, Dutzende von Flüchtlingswohnheimen angegriffen und über einhundert Menschen getötet haben, schaute die Mehrheit der Bevölkerung jahrelang ungerührt zu. Antifaschistische, kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen waren häufig die einzigen, die sich dem rechten Terror widersetzen. Das ist heute anders. Die Bündnisse im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus sind breiter geworden. Dennoch gilt: Die Attraktivität neonazistischer Gruppen wird am nachhaltigsten durch eine lebendige demokratische Alltagskultur gestört, die Menschen, vor allem jungen, die Möglichkeit gibt, Einfluss auf ihr unmittelbares Lebensumfeld zu nehmen.

Eberhard Seidel

**Gastkommentar** **WWW**

Aus der Mitte der Gesellschaft Seite 2

**Auf einen Blick**

Seite 4

**Impressum**

Seite 4

**Titel: Rechtsextremismus** **WWW**

- 1. Blanker Hass in Sachsens Idylle Seite 6
- 2. Sozialarbeit als Feld entdeckt Seite 10
- 3. Rechte Jugendkultur Seite 12
- 4. Antidiskriminierungsperspektive Seite 14
- 5. Braune Kids – hilflose Lehrer? Seite 16
- 6. Demokratie lernen und leben Seite 18
- 7. Neonazis in Verden Seite 20

**Frauentag**

Antidiskriminierungsgesetz:  
Nützlich für die Frauen? Seite 21

**Gesellschaftspolitik**

Schavan auf Hexenjagd: E&W-Interview zum  
Berufsverbot in Baden-Württemberg Seite 22

**Tarifrunde Öffentlicher Dienst**

Abschluss mit Bund und Gemeinden Seite 24

**Berufliche Bildung**

- 1. Berufsbildungsgesetz novelliert Seite 26
- 2. „Der Ball ist ins Feld geworfen“ Seite 26

**Jugendhilfe**

- 1. Unis bieten Ausbildung an Seite 27
- 2. „Akademisch“ Seite 28

**Hochschule** **WWW**

- 1. Studiengebühren: Eintrittsgeld für Bildung Seite 28
- 2. „Fo(e)rdert uns nicht über Gebühr(en)“ Seite 30
- 3. Statements von Studierenden Seite 31

**Recht und Rechtsschutz**

Seite 32

**Leserforum/Anschlagtafel**

Seite 33

**Diesmal**

Seite 40

Titel: Werbeagentur Zimmermann

Einem Teil der E&W liegt die Seniorenzeitschrift „Dialog“ bei.

**Blanker Hass in Sachsens Idylle** – im Zentrum unserer Titelstory von *Bastian Wierzioc* und unseres Schwerpunktes steht das Erstarken der rechts-extremen Szene – aber auch der Widerstand gegen Rechts. Rechtsradikale Umtriebe sind nicht nur ein ostdeutsches Phänomen. Unser Beispiel aus Frankfurt am Main, in dem Beitrag von *Heike Kleffner*, macht dies deutlich.

**Mutig gegen Rechts** aufzutreten, ist von uns allen gefordert – nicht nur bei Gegendemonstrationen zu Neonazi-Aufmärschen, sondern im ganz normalen Alltag. Zivilcourage und psychische „Immunität“ gegen braune Ideologie sind nicht selbstverständlich. *Wolfgang Edelstein* und *Kurt Möller* sehen hier die Bildungseinrichtungen gefordert: Der Erwerb von sozialer und ziviler Handlungskompetenz muss in den Institutionen ermöglicht, gelernt und vorgelebt werden. Das geht nicht ohne eine demokratische Alltagskultur und nicht ohne eine Kultur der Anerkennung und Zuwendung. Davon sind Schulen noch weit entfernt. Schwerpunkt ab **Seite 6**



**Schavan auf Hexenjagd** – Eigentlich ist die Zeit der Berufsverbote seit dem Radikalerlass *Willy Brandts* vor 33 Jahren vorbei. Der Radikalerlass wurde zwar formell nie aufgehoben, aber seit den 90ern nicht mehr praktiziert – bis heute. Die baden-württembergische Kultusministerin *Annette Schavan* (CDU) bricht mit dieser Praxis, indem sie dem Lehramtsbewerber *Michael Cszakóczy* Berufsverbot erteilt hat. Der Grund: Cszakóczy ist Mitglied der antifaschistischen Initiative Heidelberg und engagiert sich für Antirassismus und Friedenspolitik. Sein demokratisches Engagement gegen Rechts wird von „oben“ bestraft. Eine Schande für den Rechtsstaat. Ein E&W-Interview mit Michael Cszakóczy und ein Kommentar von *Heiko Gosch* auf den **Seiten 22-23**.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Studiengebührenverbot außer Kraft gesetzt. Neoliberale Marktapologeten haben sich durchgesetzt: Studenten sollen künftig *Kunden* werden. In den Beiträgen **„Eintrittsgeld für Bildung“** und **„Fo(e)rdert uns nicht über Gebühr(en)“** kommentieren *Max Loewe* und *Gerd Köhler* die politischen Folgen der Karlsruher Entscheidung. Letztlich lassen die Älteren die Jüngeren damit im Stich: Studierende sollen kräftig in ihre Zukunft investieren, damit sie später das Geld verdienen, das die Älteren als Renten oder Pensionen von ihnen erwarten. Werden die Studierenden eine solche „Einbahnstraßen-Solidarität“ widerspruchslos hinnehmen? Dazu Statements der Studentinnen und Studenten *Nele Hirsch*, *Stefanie Eberhardt*, *Alexander Bagatini* und *Thomas Köller*. **Seiten 28-31**.



Foto: David Ausserhofer

**Zehn Prozent der Studienanfänger nehmen ein Bachelor-/Masterstudium auf.**



Foto: dpa

### 25 Prozent Bachelor-/Master-Studiengänge

Mehr als ein Viertel aller Studiengänge in Deutschland ist bereits auf das zweistufige Studiensystem Bachelor und Master umgestellt. Im kommenden Sommersemester würden an den Hochschulen mehr als 2900 dieser Studiengänge angeboten, teilte Bundesbildungsministerin *Edelgard Bulmahn* (SPD) bei der Vorstellung des nationalen „Bologna-Berichts 2004“ mit. Bundesweit nähmen rund zehn Prozent der Studienanfänger Bachelor- und Masterstudiengänge auf.

### Länder und Kommunen ins Boot holen

Auf ein „positives Echo“ ist der „Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005 bis 2010“ (NAP), den Familien- und Jugendministerin *Renate Schmidt* (SPD) vorgestellt hat, bei der GEW gestoßen. „Jetzt müssen die Länder und Kommunen mit ins Boot geholt werden. Nur wenn sie mitziehen, sind viele der richtigen Maßnahmen des Kinderplans auch umzusetzen“, sagte GEW-Vorsitzende *Eva-Maria Stange*. „Wenn mit dem Plan Ernst gemacht wird, ist er ein wichtiger Schritt, die Kinderfeindlichkeit in Deutschland und soziale Ungerechtigkeiten im Bildungssystem zu überwinden“, sagt Stange. In diesem Zusammenhang kritisierte sie, dass die Rechte der Kinder nicht „in Verfassungsrang erhoben werden sollen“. „Die Qualität eines Bildungssystems und der Entwicklungsstand einer Gesellschaft spiegeln sich in der Orientierung am Wohl der Kinder und der Verankerung von Rechten der Kinder wider“, stellte die GEW-Chefin fest.

### Brandenburg streicht Völkermord an Armeniern aus Lehrplan

Das Land Brandenburg hat den türkischen Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg aus dem Lehrplan für Geschichte gestrichen und damit heftige Kritik ausgelöst. Dennoch will man bei der Entscheidung bleiben. In den Lehrplänen sollen jetzt nur noch Oberthemen wie Genozide genannt werden, Beispiele tauchen dann in den Handreichungen auf. Die Streichung des Themas war offenbar aufgrund einer Intervention des türkischen Generalkonsuls zustande gekommen. Der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich muss nach Auffassung von Historikern bundesweit im Schulunterricht behandelt werden. Der Geschäftsführende Direktor des Zentrums für zeithistorische Forschung Potsdam, *Martin Sabrow*, appellierte in diesem Sinne an alle Kultusministerien. Während des Ersten Weltkrieges waren schätzungsweise bis zu 1,5 Mio. Armenier von Türken getötet worden. Die Türkei tabuisiert den Völkermord bis heute. Auch für Deutschland, so Sabrow, gebe es genug Gründe, sich an diesen Völkermord zu erinnern: Die Deportationen von Armeniern hätten zum Teil unter den Augen deutscher Offiziere stattgefunden. Im Ersten Weltkrieg war die Türkei Bündnispartner des Deutschen Reiches.



Foto: Veit Mette

**Auch in NRW sind zentrale Abschlussprüfungen jetzt beschlossene Sache.**

### Neues Schulgesetz in Nordrhein-Westfalen

Das Abitur nach zwölf Schuljahren und zentrale Abschlussprüfungen sind nun auch in Nordrhein-Westfalen beschlossene Sache. Die rot-grüne Koalition verabschiedete das neue Schulgesetz in dritter Lesung gegen die Stimmen von CDU und FDP. Aus Protest gegen die Schulpolitik der Landesregierung ist die frühere Bildungministerin *Gabriele Behler* (SPD) vorzeitig aus dem Landtag ausgeschieden. Sie könne die von der Fraktion beschlossenen Änderungen bei der Schulaufsicht nicht mittragen, begründete Behler ihre Entscheidung.

### Mehr Bildungsangebote

Mehr Bildungsangebote für Mädchen und Jungen bereits vom Kleinkindalter an hat *Prof. Thomas Rauschenbach*, Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den zwölften Kinder- und Jugendbericht, gefordert. Nach Ansicht der Kommission müssten die öffentlichen Angebote mehr in den Blick rücken. Rauschenbach forderte von der Politik, über einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz für Kleinkinder „zumindest ab 2010“ nachzudenken. Er setzte sich für eine Ausweitung des Angebotes an Ganztageschulen ein: „Ganztageschulen sollen Regelangebot werden.“



Foto: David Ausserhofer

**Wer betreut und bildet Kinder, wenn Eltern nicht von 9 bis 17 Uhr arbeiten?**

### Nach 18.00 Uhr geschlossen

Kindertagesstätten sind in Deutschland nach 18 Uhr meist geschlossen. Nur fünf Prozent haben auch nach 18 Uhr geöffnet, in lediglich 1,3 Prozent der Einrichtungen werden Kinder samstags betreut. Das ergab eine bundesweite Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unter 1700 Kindertagesstätten.

## Impressum

### Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 57. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund. Vorsitzende: Dr. Eva-Maria Stange. Redaktion: Ulf Rödde (verantwortlich), Helga Haas-Rietschel. Redaktionsassistentin: Renate Körner. Gestaltung: Werbeagentur Zimmermann. Postanschrift der Redaktion: Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt a. M., Telefon (0 69) 7 89 73-0, Telefax (0 69) 7 89 73-2 02.

E-Mail: [Renate.Koerner@gew.de](mailto:Renate.Koerner@gew.de)

Internet: <http://www.gew.de>

Redaktionsschluss ist der 10. eines jeden Monats.

Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich, jeweils am 5. des Monats mit Ausnahme der Sommerferien.

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich € 7,20 zuzüglich € 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saar, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH, Goldammerweg 16, 45134 Essen;

Verantw. f. Anzeigen: Mathias Müller, Tel. (02 01) 8 43 00-0, Telefax (02 01) 4 7 25 90, [anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de); z. Z. gültige

Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. 1. 2005; Anzeigenschluss am 5. des Vormonats. Druck:

apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt.

E&W wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



ISSN 0342-0671

## GEW schlägt Vier-Punkte-Programm zum Ausbildungspakt vor

Keine Lösung des Ausbildungsproblems junger Menschen sieht die GEW in der im Februar vorgestellten Zwischenbilanz des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“. „Da hilft kein Pakt, da helfen nur betriebliche Ausbildungsplätze. Die GEW schlägt ergänzend zu den Paktmaßnahmen ein Vier-Punkte-Programm zur Verbesserung der Ausbildungsreife vor“, sagte GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange. Als Bausteine des Konzepts der Bildungsgewerkschaft nannte sie die Reform der Berufsausbildungsvorbereitung, den Ausbau des Stütz- und Förderangebotes an berufsbildenden Schulen, die Stärkung des Weiterbildungsbereiches und ein Umsteuern der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die BA solle ihr Hauptaugenmerk wieder auf die Förderung lernschwächerer junger Menschen richten, die kaum Chancen haben, den Berufseinstieg zu schaffen. Alle Maßnahmen könnten jedoch das Problem fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze nicht lösen. Die Wirtschaft müsse ihre gesellschaftliche Pflicht, für eine qualifizierte berufliche Ausbildung junger Menschen Verantwortung zu übernehmen, wieder in ausreichendem Maß nachkommen. Fast 200 000 junge Menschen haben keinen Ausbildungsplatz oder sind in Warteschleifen „geparkt“.



Foto: David Ausserhofer

## Weiterbildung im Sturzflug

Trotz der rasant steigenden Arbeitslosenzahlen wird das Instrument der beruflichen Weiterbildung kaputt gespart. 3300 Menschen, die im Januar 2005 eine Maßnahme aufgenommen haben, bedeuten einen Rückgang um über 75 Prozent im Vergleich zum Januar 2004. Damit sank die Gesamtzahl von Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung auf das bisherige Tief von 136 000. Das bedeutet einen Teilnehmerrückgang von 37 Prozent gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres und fast 55 Prozent gegenüber Januar 2003. Nach Gewerkschaftsschätzungen sind durch die drastischen Mittelkürzungen, allein 1,4 Milliarden Euro im Jahre 2004, bis zu 50 000 Arbeitsplätze im Weiterbildungsbereich vernichtet worden.

## Widerstand gegen Schulschließungen

Die saarländische Landesregierung beabsichtigt, ab dem Schuljahr 2005/06 91 der 269 Grundschulen des Bundeslandes zu schließen. Begründet wird diese Maßnahme mit der demografischen Entwicklung und der desolaten Haushaltslage des Saarlandes. Insgesamt sollen rund zehn Millionen Euro eingespart werden. Um die Schulschließungen rechtlich möglich zu machen, soll das Schulordnungsgesetz durch das Landesparlament, in dem die CDU die absolute Mehrheit hat, geändert werden. Nur Grundschulen, die durchgängig zweizügig sind, bleiben erhalten. Am 26. Januar 2005 fand in Saarbrücken eine Großdemonstration gegen die Grundschulschließungen statt, zu der auch die GEW aufgerufen hat. Mehr als 10 000 Eltern, Kinder und Lehrer beteiligten sich. GEW-Vorsitzende *Eva-Maria Stange* kritisierte auf der Kundgebung, dass im Saarland weniger Investitionen in Schulen vorgenommen werden als in anderen Bundesländern. Die GEW-Chefin sprach sich gegen eine Kahlschlagpolitik im Grundschulbereich aus und verwies auf die negativen Folgen einer solchen Bildungspolitik im Bundesland Sachsen. Wie der GEW-Landesvorsitzende *Klaus Kessler* kurz vor Redaktionsschluss mitteilte, formiert sich im Saarland unter dem Dach der Bürgerinitiative „Rettet die Grundschulen“ ein breites Bündnis für die Einleitung eines Volksbegehrens zur Verhinderung der Grundschulschließungen.



Foto: GEW-Saarland

91 Grundschulen sollen im Saarland geschlossen werden. An der Großdemo Ende Januar 2005, zu der die GEW aufgerufen hatte, beteiligten sich 10 000 Eltern, Lehrer und Kinder.

## Auslandsschulen – quo vadis?

„Die Zukunft der deutschen Auslandsschulen ist problembeladen“, könnte man als Resümee der ersten Mitgliederversammlung des Weltverbands Deutscher Auslandsschulen e. V. (WDA) in Berlin zusammenfassen. Auch das Lob des Auswärtigen Amtes (AA) für die ehrenamtlich geleistete Verbandsarbeit konnte nicht über aktuelle Probleme der Auslandsschulen hinweg täuschen: knapper werdende Kassen, zu viel Bürokratie sowie eine inhaltliche Kursänderung deutscher Kulturpolitik.

Eine Konsequenz, gegen die auch die GEW protestiert hat: Deutsche Auslandslehrer haben ihre Arbeit unter deutlichen Kürzungen ihrer finanziellen „Zuwendungen“ zu leisten. Die mit der Kürzung verbundene Pauschalierung der Zuschüsse (Miete, Umzug, Ausreise etc.) stellt zweifellos einen Abbau von Bürokratie dar, war jedoch nicht der Motor für diese Richtlinienänderung des AA. Die GEW-Vertreter der deutschen Auslandsschulen äußerten auf dem Kongress ihre Bedenken und Forderungen:

- Die Bildung neuer regionaler Schwerpunkte (Asien, Naher Osten) darf nicht zu Lasten bewährter Strukturen erfolgen.
  - Die Forderung des AA nach Überprüfung der Schulgelder, sprich nach deutlicher Erhöhung, darf nicht dazu führen, dass reiche Eltern sich eine deutsche Auslandsschule leisten können, andere nicht. Der finanziellen Sicherung von Stipendien ist höchste Priorität zu geben.
  - Die Qualitätssicherung der Arbeit deutscher Auslandsschulen bedarf auch künftig der Vermittlung einer ausreichenden Zahl erfahrener deutscher Lehrkräfte (ADLK) und ihrer Beurlaubung durch die Bundesländer. Die Bundesländer müssen die vorübergehende Auslandstätigkeit ihrer Lehrkräfte als Teil ihrer Personalentwicklung sehen.
  - Eine Internationalisierung der deutschen Abschlüsse im Ausland ist zu begrüßen, darf jedoch nicht privatisiert werden. Kinder sollen bei ihrer Rückkehr nach Deutschland keine Nachteile erwachsen.
  - Der Ausbau von berufsbildenden Zweigen an deutschen Auslandsschulen muss verstärkt werden.
- Darüber hinaus hat die GEW dem WDA wiederholt angeboten, über Arbeitsbedingungen von Lehrkräften vor Ort über eine tarifähnliche Mindestvereinbarung zu verhandeln. Von den 117 deutschen Auslandsschulen, i. d. R. Schulen in privater Trägerschaft, gehören inzwischen 81 dem WDA an.

Wolfgang Gotterbarm

# Blanker Hass in S

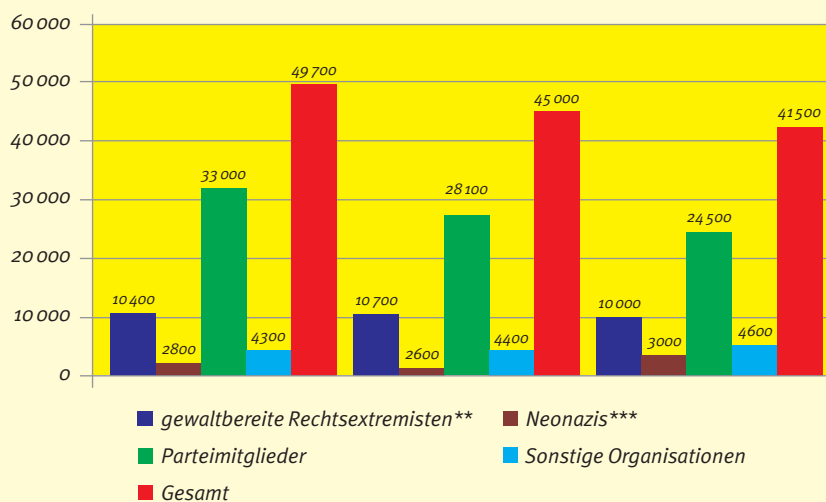
Selbstbewusste NPD, Erstarren rechtsradikaler Jugendverbände – Terror gegen die Demokratie



## Rechtsextremistisches Personenpotenzial (Gesamtübersicht)

Ende 2003 gab es in Deutschland 169 (2002: 146) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten ist weiter zurückgegangen und liegt mit 41 500 rund acht Prozent unter der des Vorjahres (2002: 45 000, 2001: 49 700).

### Rechtsextremismuspotezial\* (Gesamt)



Quelle: www.Verfassungsschutz.de

\* Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.

\*\* In die Statistik sind als gewaltbereit nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

\*\*\* Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene.

# Sachsens Idylle



*In Sachsen, vor allem in der Sächsischen Schweiz, sieht man dunkle Haut nicht so gerne. Dafür aber gedeiht in der Urlaubsidylle die braune Gesinnung. Durch den Einzug der NPD in den sächsischen Landtag haben die Rechtsextremen politischen Rückenwind bekommen. Über rechte Jugendkultur locken nicht nur braune Rattenfänger Jugendliche – vor allem männliche – in die ideologische Falle. In Sachsen ist es „normal“ der rechten Jugendkultur anzugehören. Gegen die „Systempresse“ und vermeintlich politische Gegner gehen militante Skinheads rüde und mit Gewalt vor. Hoffnung macht, dass die Bündnisse für Toleranz und Demokratie zunehmen.*

**K** *leep it white*“ steht in großen, weißen Buchstaben auf dem weinroten Pullover. Über dem Schriftzug treibt eine muskulöse Comicfigur mit kahlem Schädel eine verängstigte Schar Afrikaner vor sich her. Eine aggressive Vertreibungsszene. Der Junge, der den Pullover trägt, lacht und plaudert ausgelassen mit seinen Freunden auf dem Bahnsteig 18 des Dresdner Hauptbahnhofes. Es ist viel los an diesem sonnigen Freitagnachmittag. Der rassistische Pullover-Aufdruck erregt keinerlei Aufsehen bei den wartenden Reisenden. Die S-Bahn kommt. Der Junge lässt seine Zigarettenkippe fallen und steigt in den Zug nach Pirna in der Sächsischen Schweiz. Die Elbe schlängelt sich durch diese gut besuchte Urlaubsregion, vorbei an einer pittoresken Sandstein-Kulisse. Touristen kommen gerne hierher. Die liebevoll sanierten Städte und Dörfer sehen aus wie eine Eisenbahnerwelt von *Märklin*. Hier gibt es ihn wirklich, den Aufschwung Ost. Doch die Region gilt nicht nur als prosperierender Tourismus-Standort, sondern auch als eine Hochburg der extremen Rechten. Die NPD ist hier Volkspartei.

*Adrian Fischer* hasst dieses „Spielzeugland“, denn die Haut des 17-jährigen ist schwarz. Seine Mutter ist Deutsche. Der Vater kam aus Mosambik in die DDR. Adrian ist ein zurückhaltender Mensch mit sanften Gesten und einem dezenten Sächsisch. Er besucht die zehnte Klasse eines Gymnasiums, tanzt gerne und macht Musik. Es verwundert ein wenig, dass der 17-jährige keine Angst verspürt,

wenn er Menschen mit rassistischen Pullover-Aufdrucken begegnet: „Ich habe keine Angst, wenn ich so jemanden sehe, aber ich bin wachsam und beobachte. Im Zweifel steige ich dann in einen anderen Waggon.“ Anfeindungen und Rassismus sind Alltag für den Gymnasiasten. Entscheiden kann Adrian nur, ob er sich den Beleidigungen aussetzt oder nicht: „Kommt ganz darauf an, ob ich mich in der Stadt zeige“, sagt er leise. Nicht selten wechseln Passanten die Straßenseite, wenn sie ihn sehen. „Mir begegnen Blicke, die sagen ‚ich verachte dich‘“, erzählt Adrian und ergänzt, dass es immer schwieriger werde, Jugendliche mit rechtsextremer Gesinnung an ihrer Kleidung zu erkennen.

*Sven Forkert* nickt, als er das hört. Der drahtige, hoch gewachsene Mann mit dem schwarzen Pferdeschwanz arbeitet für *Aktion Zivilcourage*, ein kommunales Bündnis für Demokratie und Toleranz mit Sitz in Pirna. Das Outfit habe sich geändert, erklärt der Sozialarbeiter, Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel seien out. „Die Rechten kleiden sich jetzt eher nett, adrett und ordentlich. Sie haben gelernt, dass sie mit aggressiver Skinheadmontur beim braven Bürger nicht gut ankommen.“ Wie sehr sich die Mode vieler Rechter gewandelt hat, ist auch auf den Demonstrationen der NPD und anderer rechtsextremistischer Parteien und Organisationen zu beobachten – zuletzt am 13. Februar anlässlich des 60. Jahrestages der Zerstörung Dresdens. Dort marschierten rechte Jugendliche mit weiten Hip-Hopper-Hosen und Ziegenbärtchen. Derzeit en vogue ist in der Szene Kleidung, der inzwischen verbotenen Marke „Thor Steinar“. Das Logo, der auf den ersten Blick funktionellen Freizeitbekleidung besteht aus Runen, die von SS-Verbänden als Abzeichen verwendet wurden.

## **Statt Bomberjacke jetzt adrett**

Auch in Pirna muss man nicht lange suchen, um Jugendliche zu treffen, die Kleidung einschlägiger Marken wie *Thor Steinar*, *Consdaple*, *Lonsdale* oder *New Balance*\* tragen. Sie scheinen überall zu sein, auf Bahnsteigen, in der Fußgängerzone, unten am malerischen Elbufer, wo hohe Pappeln wachsen und die behäbigen Ausflugsdampfer vor Anker liegen. Auch die Jugendlichen, die vor einem Imbissstand gleich neben dem Rathaus Bier trinken, tragen Rucksäcke mit den Schriftzügen „Odins Volk“ und „Walhall“. Wer sich darüber noch wundert, übersieht, dass es normal ist in der Sächsischen Schweiz der rechtsextremen Jugendkultur anzugehören. Gezielt nimmt die NPD in Sach-

sen gerade Erstwähler ins Visier und schaffte so erstmals seit 1964/1968 (in Baden-Württemberg – d. Red.) den Einzug in ein Landesparlament – mit zweistelligen Ergebnissen in der Sächsischen Schweiz. Dort ist die NPD fest verwurzelt. Ihre Abgeordneten im Dresdner Landtag, in den Kreistagen und Stadträten kommen „aus der Mitte der Gesellschaft“: ein Arzt, ein Krankenpfleger, eine Bürokauffrau. Selbstbewusst stellte die NPD sogar einen eigenen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten auf. Sein Name: *Uwe Leichsenring*. Der Fahrlehrer aus Königstein macht aus seinen exzellenten Verbindungen in die harte rechte Szene keinen Hehl. Jugendliche aus dem Umfeld der inzwischen verbotenen Organisation *Skinheads Sächsische Schweiz* (SSS) klebten für Leichsenring im Wahlkampf Plakate. Bei NPD-Veranstaltungen fungieren sie selbstverständlich als Saalschutz. Die rund 200 Mitglieder und Sympathisanten der SSS terrorisierten über Jahre hinweg die ganze Region. Die Rechtsextremisten veranstalteten nicht nur Skinhead-Konzerte, Schießübungen und Aufmärsche. Sie überfielen auch immer wieder Jugendliche aus der Region, drückten Zigaretten auf Menschenhaut aus. Die NPD in Sachsen ist seit Jahren eng verwoben mit den ehemaligen Aktivisten der SSS. Die Kooperation zwischen Straße und Parlament funktioniert. Als rund 200 Polizeibeamte im Sommer 2000 50 Wohnungen von SSS-Mitgliedern durchsuchten, stießen die Ermittler auf Sprengstoff, Teile von Gewehren, Schlagringe, Patronen sowie auf den PC von *Thomas Rackow*. Der Rädelführer der SSS hatte Dateien angelegt, Informationen gesammelt über vermeintlich politisch Andersdenkende. In der Verbotungsverfügung des sächsischen Innenministeriums gegen die Skinhead-Organisation heißt es dazu: „Die Sammlung dient dazu, bestimmte Personen festzulegen, gegen welche Aktionen durchgeführt werden. Dies sind zum Beispiel Telefonterror, fingierte Warenbestellungen bei Versandhäusern, Farbschmierereien, Werfen von Farbbeuteln und körperliche Misshandlungen.“ (AZ 36-1113.10/4)

### **Biedermann-Strategie**

Es dauerte nicht lange bis Hardliner Rackow einen neuen Computer bekam. Dafür sorgte die NPD. Uwe Leichsenring, der damalige Kreisgeschäftsführer in Königstein und heutige parlamentarische Geschäftsführer im Dresdner Landtag stellte das Gerät zur Verfügung. Doch das ist nicht verboten. Und so

musste die Anklage gegen ihn – wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung – eingestellt werden. Leichsenring zahlte lediglich 500 Euro Bußgeld – auch weil er sich positiv über die Skinhead-Organisation geäußert hatte – öffentlich. Das tut er noch heute, gibt getreu seiner Biedermann-Strategie zu: „Ich würde ehemalige SSS-Mitglieder jederzeit als Babysitter engagieren für meine eigenen Kinder.“

2002 und 2003 wurde insgesamt 82 SSS-Aktivistinnen der Prozess gemacht. Rechtsextremist Rackow wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt wegen schweren Landfriedensbruchs, Nötigung, Körperverletzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die Strafe wurde ausgesetzt zu vier Jahren auf Bewährung. Doch nicht nur das Urteil gegen Rackow blieb ohne Wirkung. Anfang Dezember schlug die Dresdner Staatsanwaltschaft erneut zu. Bei Razzien in Wohn- und Geschäftsräumen in Sachsen und Bayern fand sie einschlägiges Propagandamaterial. Oberstaatsanwalt *Jürgen Schär* ist davon überzeugt, dass der harte Kern der SSS der rechtsextremen Ideologie keinesfalls abgeschworen hat und im Untergrund weiter aktiv geblieben ist: „Es hat Anhaltspunkte gegeben, dass die 25 Beschuldigten eine Nachfolgeorganisation der SSS aufrecht erhielten.“ Auch Daten-Sammler Rackow macht weiter. Zuletzt zeigte sich das am 13. Februar in Dresden auf einer Kundgebung, als rund 4000 Rechtsextremisten den Reden des NPD-Bundesvorsitzenden *Udo Voigt* und anderer prominenter Neo-Nazis zuhörten. Rackow stand währenddessen hinter der Bühne und fotografierte von dort aus mit einem leistungsstarken Teleobjektiv seine vermeintlichen politischen Gegner – in diesem Fall Reporter und Kamerteams, die „Systempresse“, wie es im Jargon der Extremisten heißt.

Die Rechten in Sachsen trumpfen auf wie nie. „Die Wahlergebnisse der NPD haben die gesamte Szene selbstbewusster gemacht. Die Skinheadszenen fühlen sich legitimiert. Wir stellen fest, dass die NPD wieder mehr Mitglieder gewinnt, gerade auch in rechtsextremistischen Jugendgruppen“, so *Alrik Bauer* vom sächsischen Verfassungsschutz. Der Mitgliederzuwachs bei den Jugendlichen kommt nicht von ungefähr, wie Analysen des Stimmverhaltens bei den Landtagswahlen in Sachsen zeigen: Die meisten Stimmen bekamen die Rechtsextremen von männlichen Erstwählern mit niedriger formaler Bildung. Das Kalkül der NPD-Strategen scheint aufzugehen. Im Wahlkampf hatten sie tausende Mu-

sik-CDs verteilen lassen. „Wenn ihr die geschichtliche Wahrheit erkennt, dass der Deutsche den Krieg nicht verschuldet, [...]“, lügt darauf der mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilte Liedermacher *Frank Rennicke*. „Ein Volk. Ein Wille. Heil dem Reich!“, propagiert die Musikgruppe „Sturmwehr“ aus Gelsenkirchen, eine Band die aus den jährlichen Verfassungsschutz-Berichten nicht mehr wegzudenken ist. Musik als Sprungbrett in den braunen Sumpf. Musik als Integrationsfaktor für die etablierten Szenen. Doch die NPD will mehr. Derzeit werden Pläne geschmiedet, auch in Sachsen einen Jugendverband zu gründen und Nachwuchs gezielt an Schulen anzuwerben. Seit dem Einzug in den Landtag sei die Partei bereits an Schulen gewesen, sagte Fraktionsgeschäftsführer *Peter Marx* der Nachrichtenagentur dpa.

### **Strategien gegen Rechts**

Hoffnungsfroh kann angesichts solcher Aktivitäten nur die Tatsache stimmen, dass sich parallel zum Erstarken der extremen Rechten in Sachsen immer mehr Bündnisse für Toleranz und Demokratie bilden (siehe Kasten). Die Zivilgesellschaft rückt zusammen und entwickelt Strategien gegen Rechts. Auch Adrian Fischer, der 17-jährige mit dem mozambikanischen Vater, übt den „Aufstand der Anständigen“ (Bundeskanzler *Gerhard Schröder*). An seinem Gymnasium in Pirna organisiert er zusammen mit Klassenkameraden Ausstellungen und Diskussionsrunden zum Thema demokratische Kultur. Dennoch: Am Entschluss, seine Heimat so bald wie möglich zu verlassen, wird auch das Engagement der Schüler für ein toleranteres Pirna nichts ändern. Bleiben will Adrian nur noch bis zum Abitur: „Dann hält mich nichts mehr in der Sächsischen Schweiz.“

*Bastian Wierziach*

\*Anm. d. Red.: Die genannten Marken werden von den Rechtsextremen missbraucht. Der englische Box-Ausstatter *Lonsdale* kämpft wie *New Balance* dagegen. Bei „*Thor Steinar*“ kann allerdings Kalkül der Produzenten unterstellt werden. Die Attraktivität der Marken liegt für die Rechten darin, dass sie Assoziationen zum Dritten Reich erlauben: Lo-NSDAP-le, Co-NSDAP-le. Das Logo von *New Balance* erinnert an SS-Runen.

### **Links zum Thema Rechtsextremismus**

[www.civilcourage-pirna.de](http://www.civilcourage-pirna.de)  
[www.ndk-wurzten.de](http://www.ndk-wurzten.de)  
[www.annefrank.de](http://www.annefrank.de)  
[www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)  
[www.aktioncourage.org](http://www.aktioncourage.org)  
[www.fussballvereine-gegen-rechts.de](http://www.fussballvereine-gegen-rechts.de)







**Empörung und Verstörung an der FH in Frankfurt: Bei der morgendlichen Zeitungslektüre entdeckten Studierende und Lehrende einen bislang als freundlich und zurückhaltend geltenden Kommilitonen als Teilnehmer einer Neonazidemonstration im hessischen Gladenbach.**

# Sozialarbeit als Feld entdeckt

**Neonazi agiert an der FH Frankfurt am Main**

*Rechtsextreme Umtriebe und ideologische Unterwanderungen durch Neonazis sind kein ostdeutsches Problem – wie unser Beispiel von der Fachhochschule in Frankfurt am Main zeigt. Es ist kein Einzelfall. Und es macht zudem deutlich, dass Rechtsextremismus nicht auf „bildungsferne“ Schichten beschränkt ist. Rechtsextreme studieren und agitieren auch an Hochschulen. Auf den Fachbereich Sozialpädagogik scheint ihr Augenmerk besonders gerichtet zu sein.*

**U**m die Mittagszeit drängen sich an der Fachhochschule Frankfurt am Main die Studenten an den Stellwänden in der Eingangshalle, die zum Fachbereich vier „Soziale Arbeit und Gesundheit“ gehört. Junge Frauen und Männer unterschiedlichster Hautfarben und Herkunftsländer in dicken Wintermänteln, Wollschals und Mützen lachen und diskutieren lautstark, während sie

gleichzeitig Aushänge wie „Brauche dringend Wohnung“ oder „Praktikanten gesucht“ lesen. Hier gibt auch die Studienberatung für die Fächer „Pflege, Sozialarbeit und Sozialpädagogik“ ihre Angebote bekannt: „Einführung in das Studium“ oder „Wie nutze ich die Bibliothek“. Der graue DIN A3-Zettel mit der Ankündigung: „Arbeits- und Koordinationstreffen der AGs gegen Rechtsextremismus an der FH für alle Interessierten“ fällt unter dem gelben Plakat der Studienberatung kaum auf.

## Debatten im Fachbereich

Dabei sorgt das Thema „Rechtsextremismus“ seit einem halben Jahr für heftige Debatten im Fachbereich. Der Auslöser: Ein Foto, aufgenommen bei einer Neonazidemonstration in der hessischen Kleinstadt Gladenbach im April 2004. Ein stämmiger Mann, Anfang dreißig, die blonden Haare kurzgeschoren, das Gesicht wutverzerrt, die Fäuste in Angriffsposition geballt in Richtung einer Reihe von Polizeibeamten. Über den muskelbepackten Armen und Oberkörper spannt sich ein schwarzes

T-Shirt mit dem dunkelroten Aufdruck „Schwarze Division“ in altdeutscher Schrift. Als das Foto Monate nach dem Aufmarsch auf den Lokalseiten einer Tageszeitung im Rhein-Main-Gebiet erscheint, erkennen einige Studenten ihren Kommilitonen *Sören B.* wieder – den Mann mit der auffälligen „Schwarzen Sonne“-Tätowierung, dem Symbol der nationalsozialistischen SS am Ellenbogen. Sie fragen nach: bei Kommilitonen, die ein widersprüchliches Bild zeichnen: von gelegentlichen rechten Sprüchen ebenso wie von einem durchschnittlich freundlichen, selbstbewussten Vater einer kleinen Tochter. Kurz darauf taucht ein zweites Bild auf: Mit nacktem Oberkörper steht derselbe Mann Anfang August 2004 mitten unter den rund 6.000 Besuchern des sogenannten „Pressefestes“ der Neonazipartei NPD in dem sächsischen Dorf Mücka an einem Biertisch. Das in altdeutschen Buchstaben tätowierte Wort „Arier“ auf seinem Bauch ist nicht zu übersehen.

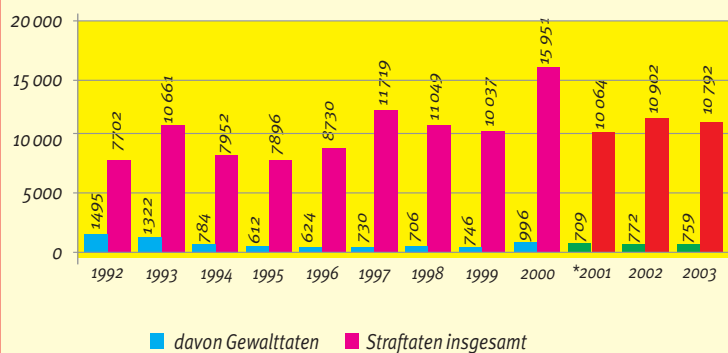
„Neonazis haben im Sozialen Bereich nichts verloren“, schreiben daraufhin

## Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten (Gesamtübersicht)

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten betrug Ende 2003 rund 10 000 Personen. Hierzu zählen auch die Menschen, die sich – ohne bisher Gewalttaten begangen zu haben – für Gewaltanwendung aussprechen. Die weitaus größte Gruppe innerhalb der Gewaltbereiten stellt die rechtsextremistische Skinhead-Szene.

2003 wurden in Deutschland insgesamt 10 792 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst, davon 759 Gewalttaten. Bei den meisten Straftaten handelte es sich um sogenannte Propagandadelikte (§§ 86, 86a StGB). § 86a StGB stellt dabei das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (z. B. Hakenkreuz) unter Strafe.

### Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten



Quelle: www.Verfassungsschutz.de

\* Aufgrund einer neuen Erfassungsmethodik sind die Zahlen ab dem Jahr 2001 mit denen aus den Vorjahren nicht vergleichbar

Unbekannte in einem Flugblatt, das im Oktober vergangenen Jahres am Fachbereich vier verteilt wird. Dort finden Studenten und Lehrende auch Informationen über die „Schwarze Division Germania“. Der hessische Verfassungsschutz erwähnte die „Freie Kameradschaft“, die sich nicht nur in ihrer Namensgebung positiv auf die schwarz-uniformierten Totenkopf-Divisionen der SS bezieht, bereits vor zwei Jahren in seinem Jahresbericht unter der Rubrik „Neonazis“. Auch das militante Selbstverständnis der Kameradschaft ist Anlass zur Sorge: Für ein Gruppenfoto posierte man ganz in schwarz: Mit schwarzen Sturmhauben, Handschuhen, Lederjacken und Kameradschaftseblem. Im Internet wird mit Ordner- und Sicherheitsdiensten geworben.

„Ich war überrascht und schockiert,“ sagt Hans-Volker Happel, Psychologe und Professor für Sucht und Drogen am Fachbereich vier, der seit mehr als einem Jahrzehnt auch beim Verein der „Integrativen Drogenhilfe e.V.“ aktiv ist. Einige Jahre lang hatte Sören B. bei

**Auch am Institut für Volkskunde an der Uni Hamburg kam es zum öffentlichen Eklat. Eine rechtsextreme Aktivistin verherrlichte in einem Internetforum den Einsatz deutscher Soldaten für das nationalsozialistische Terrorregime, im 2. Weltkrieg.**

## Rechte Jugendkultur

### Fremdenfeindliche Weltbilder schon bei ganz Jungen

„Nationale Jugendzentren, Fußballspiele oder Wohnprojekte“, als „Orientierungsmärsche“ getarnte Wehrsportübungen, Rechtsrock-Konzerte von „Hatecore“ bis „Black Metall“ oder „nationalen Liedermachern“ – die extreme Rechte versucht massiver denn je, Jugendliche zu rekrutieren. Regelmäßige Jugendzeitschriften, die sich in Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise „Stimme der Heimat“ und in Niedersachsen „Der Rebell“ nennen, geben altbackene Tipps gegen Liebeskummer und rufen einige Seiten später zu rassistischen Kampagnen gegen „nichtdeutsche Mitschüler“ auf.

Längst ist das Angebot der rechten Erlebniswelt nach Jugendsubkulturen ausdifferenziert: Neben dem Naziskinhead der frühen 90er mit kahlrasiertem Kopf und so genannten Bomberjacken haben sich längst Nazi-Punks, rechte *Black Metall* oder *Death Metall*-Anhänger mit schwarzen Kapuzenpullovern bis hin zu Seitenscheitelträgern in Karohemden etabliert. Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort stellen schon seit einigen Jahren fest, dass das Einstiegsalter in die rechte Szene erheblich gesunken ist. 13- und 14-jährige mit verfestigten fremdenfeindlichen oder antisemitischen Weltbildern gehören an manchen Schulen zum All-

tag. Ganz oben in der Beliebtheisskala des Rechtsrock steht die als kriminelle Vereinigung verurteilte Band „Landser“. Wenn man an Sekundarschulen in Halberstadt im Harz oder in Verden an der Aller 14- bis 16-Jährige darum bittet, ihre Lieblings-CDs mitzubringen, finden sich immer Schüler, die gebrannte Raubkopien von Landser vorzeigen. Immer wieder berichten Geschichtslehrer von Schülern und Schülerinnen, die sich bei der Referatsvergabe in Unterrichtseinheiten zum Nationalsozialismus besonders engagieren. Und dann in ihren Vorträgen sehr detailreich den als NS-Kriegsverbrecher verurteilten *Rudolf Hess* als „Friedensflieger“ und „Märtyrer für das deutsche Volk“ stilisieren. Als Quellen werden das Parteiorgan der NPD „Deutsche Stimme“ oder Flugblätter der jeweiligen örtlichen „Freien Kameradschaft“ angegeben.

### Eltern verbreiten Ideologie

In manchen ländlichen Regionen der neuen Bundesländer sind es die Eltern aus der Neonazi-Generation der späten 80er und frühen 90er des vereinigten Deutschlands, die die rechte Ideologie in Form von germanischen Märchen und Sagen in Kindertagesstätten und Schulen hineintragen. Andernorts läßt beispielsweise der neonazistische *Heimatbund Pommern* besorgte Väter und Mütter zu „Elternabenden“ ein, um sich als harmloser Traditionspflegeverein zu präsentieren.

Heike Kleffner



Das Einstiegsalter in die rechte Szene ist erheblich gesunken: 13- und 14-jährige mit verfestigten fremdenfeindlichen Weltbildern gehören nicht selten zum Schulalltag.

ihm studiert, und schien sich vom Gros der Studenten nicht zu unterscheiden. Happel betreut auch seine Diplomarbeit. Dass Sören B. auf Nachfrage keinen Hehl aus seiner rechtsextremen Einstellung macht, erfuhr der Professor erst, als er den Studenten nach der Veröffentlichung des Flugblattes zur Rede stellte. Jetzt fragt sich Happel, was passieren wird, wenn B. seine Diplomarbeit fertiggestellt hat und dann „als Sozialarbeiter in den Osten geht“.

### Keine Ahnung vom Doppelleben

Denn allein aufgrund „seiner ideologischen Identität“ oder Zugehörigkeit zu einer Gruppierung, die weder kriminell noch verboten sei, könne er niemandem den Studienabschluss verwehren, betont Happel. Eine Haltung, die auch *Eva-Maria Ulmer* vertritt, die Dekanin des Fachbereichs. Ratlos sei er, weil er nichts von dem Doppelleben des Studenten gemerkt habe, sagt der Professor mit den grau-weiß melierten Haaren und der schwarzen Strickjacke und schüttelt erneut den Kopf. „Unsere Studenten sind eigentlich ein buntes Völkchen.“

Fragt man Studenten in der Eingangshalle nach der Art und Weise, wie sie über den „Fall Sören B.“ informiert wurden, sind die Meinungen polarisiert. „Was jemand außerhalb der FH macht, ist Privatsache. Darum kümmern sich staatliche Stellen“, sagt ein Sozialpädagogik-Student im 4. Semester. Eine Kommilitonin nickt zustimmend: „Solange der an der FH nichts gemacht hat, soll er hier in Ruhe sein Studium zu Ende bringen.“ Beide sind der Ansicht, die Flugblattverfasser sollten „ihr Gesicht zeigen“. Sie können nicht verstehen, dass die Autoren Angst vor Drohungen durch Rechte haben. Andere Studenten betonen dagegen, dass sie ein „derart menschenverachtendes Weltbild wie es die ‚Schwarze Division‘ vertritt“ als eine reale Bedrohung empfinden. „Ich will, dass Studenten aus anderen Herkunftsländern hier angstfrei studieren können“, sagt eine 25-jährige. Sie kritisiert, dass es zwar Lehrveranstaltungen zum Sozialwesen im Nationalsozialismus am Fachbereich gibt, die modernen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und effektive Handlungsstrategien für Pädagogen aber zu wenig thematisiert würden. „Schließlich müssen doch heute Sozialpädagogen einfach damit rechnen, dass sie in Jugendeinrichtungen mit Rechten konfrontiert sein werden.“ Ihre Freundin meint, die Hoch-

Fortsetzung siehe Seite 15

## Antidiskriminierungsperspektive

Studie der PH Freiburg: „Strategien gegen Rechtsextremismus“

Wie Pädagogen auf die Herausforderungen rechter Jugendsubkultur reagieren können und welche Methoden ihnen dabei zur Verfügung stehen (könnten), haben die Pädagogen Ulrike Hormel und Professor Alfred Scherr von der Pädagogischen Hochschule Freiburg erforscht. Erste Ergebnisse ihres Projekts „Strategien gegen Rechtsextremismus“ haben sie unter der programmatischen Überschrift „Bildung für die Einwanderungsgesellschaft“ veröffentlicht.

Das Ziel der Studie: Möglichkeiten auszuloten, inwieweit deutsche Schulen von den Erfahrungen so genannter klassischer Einwanderungsländer wie Kanada oder Frankreich profitieren können. Ausgangsvoraussetzung für einen derartigen Prozess sei „eine Perspektive, die auf die Überwindung von diskriminierenden Strukturen und Praktiken sowie auf die Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen, rassistischen und rechtsextremen Deutungsmustern und Ideologien zielt“, betonen die Wissenschaftler. Notwendig sei eine „Antidiskriminierungsperspektive“. Zudem müsse die bislang getrennt geführte Diskussion über die Bildungsbenachteiligung von Migrantenkindern einerseits und die Erfordernisse antirassistischer und interkultureller Pädagogik andererseits aufgehoben werden. Statt auf einen undifferenzierten „Multikulti-Diskurs“, hinter dem sich allzu oft ein undifferenzierter Kulturalismus verbirgt, setzen Hormel und Scherr auf eine umfassende Menschenrechtsbildung, die in der Praxis durch antirassistische und interkulturelle Pädagogik umgesetzt werden könne. Dagegen ist aus Sicht der Freiburger Pädagogen eine nur auf Nationalsozialismus und Holocaust bezogene histo-

risch-politische Bildung nicht dazu geeignet, gegen rechtsextreme Tendenzen zu „immunisieren“. Notwendig sei diese aber trotzdem, da sie die Kontinuitäten zwischen der Ideologie des Nationalsozialismus und aktuellen Formen des Rechtsextremismus verdeutliche.

### Menschenfeindliches Denken

Dass Strategien gegen Rechtsextremismus nicht ohne eine umfassende „Antidiskriminierungsdiskussion“ und entsprechende pädagogische Begleitung auskommen werden, legen die parallel zur ersten PISA-Studie veröffentlichten Ergebnisse der CIVIC-Studie (2001), „Politische Bildung im internationalen Vergleich“ unter Federführung der Abteilung „Empirische Bildungsforschung“ der Berliner Humboldt Universität nahe. In 28 Ländern füllten 14-jährige Fragebögen aus, die einen kognitiven Test zur politischen Bildung, Fragen zum soziodemographischen Hintergrund des Schülers und eine Reihe von Einstellungsfragen enthielten. In 16 Ländern fand eine zusätzliche Erhebung unter 16- bis 18-jährigen statt. Während PISA feststellte, dass Zuwandererkinder erheblich schlechtere Voraussetzungen für ihre Förderung im deutschen Bildungssystem vorfinden, findet sich im Ergebnis der CIVIC-Studie eine weitere alarmierende Tendenz: Deutsche Schüler waren im Ver-

gleich zu denen anderer Länder erheblich fremdenfeindlicher eingestellt. Ein Trend, der mit den Einstellungen der Erwachsenen aus der gesellschaftlichen Mitte einhergeht: Über ein Drittel aller befragten Erwachsenen stimmten in der aktuellen Studie zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer der Aussage zu: „In Deutschland leben zu viele Ausländer“. Eine Pädagogik, die dem effektiv entgegen treten will, braucht Unterstützung. Heike Kleffner

Pädagogische Unterstützung gegen Rechts findet man u. a. bei folgenden Adressen, die lediglich eine Auswahl sind: Bundeskoordination „Schule ohne Rassismus“, Berlin: [www.aktioncourage.org](http://www.aktioncourage.org) Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt, Braunschweig: [www.arug.de](http://www.arug.de) Netzwerk für Demokratie und Courage, Dresden: [www.netzwerk-courage.de](http://www.netzwerk-courage.de) Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus: Berlin: [www.mbr-berlin.de](http://www.mbr-berlin.de) Brandenburg: [www.mobiles-beratungsteam.de](http://www.mobiles-beratungsteam.de) Hessen: Kontakt über [politischebildung@gmx.de](mailto:politischebildung@gmx.de) Mecklenburg-Vorpommern: [www.mbt-mv.de](http://www.mbt-mv.de) Sachsen: [www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de) Sachsen-Anhalt: [www.miteinander-ev.de](http://www.miteinander-ev.de) Thüringen: [www.mobit.org](http://www.mobit.org) Bei rechten und rassistischen Gewalttaten helfen in den neuen Bundesländern und Berlin folgende vom Bundesprogramm „civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus“ geförderte Nichtregierungsorganisationen weiter: Brandenburg: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de) Berlin: [www.reachoutberlin.de](http://www.reachoutberlin.de) Mecklenburg-Vorpommern: [www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de) Sachsen: [www.amal-sachsen.de](http://www.amal-sachsen.de); [www.raa-leipzig.de](http://www.raa-leipzig.de) Sachsen-Anhalt [www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de) Thüringen [tho@opferhilfsdienst.de](mailto:tho@opferhilfsdienst.de) Weitere Initiativen s. [www.gew.de](http://www.gew.de)



Eine neue Studie der FH Freiburg fordert eine umfassende Menschenrechtsbildung.

schulleitung solle Neonazis vom Fachbereich verweisen. Dekanin Eva-Maria Ulmer widerspricht. Für einen Verweis gäbe es derzeit keine rechtliche Handhabe, Sören B. habe alle Prüfungen absolviert und sei nicht vorbestraft. Gleichzeitig ist sie froh, dass „die Studierenden an dem Thema dran bleiben und uns als Lehrende fordern“. Ein bisschen Stolz auf die Studenten schwingt durchaus mit, wenn die Dekanin betont, dass „der Fachbereich sich insgesamt durch einen gesellschaftskritischen Blick“ auszeichne.

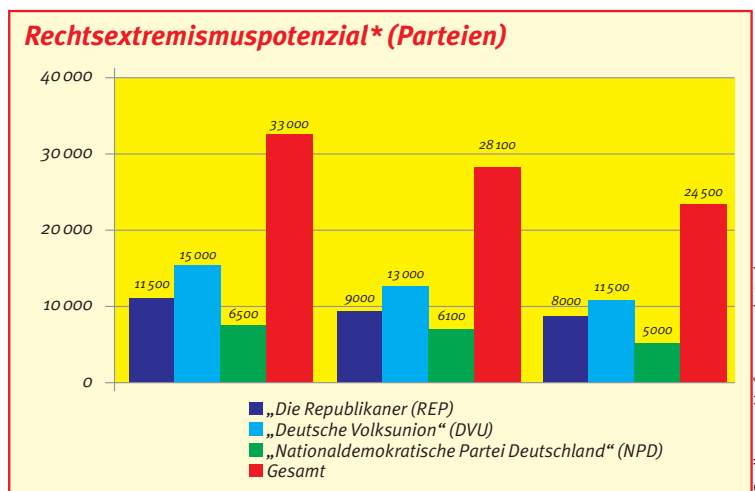
**Ratlosigkeit und Ohnmacht**

Die Zeit der Selbstverständlichkeiten jedoch, die ist trotz aller Seminare, in denen hier interkulturelle Kompetenz im Sozialwesen gelehrt werden, vorbei: Ulmer, die noch 1968 studiert hat, fragt sich derzeit häufiger, ob das „alte Image der Sozialpädagogik als alternativer Bereich, der die Welt verbessern will“ nicht endgültig überholt ist. „Warum sollten ausgerechnet wir eine Insel der Glückseligen sein, wenn die Rechten die Strategie der Unterwanderung unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche schon seit längerem umsetzen?“, fragt sie. Sie weiß, dass

Sören B. nicht der erste bekennende Rechtsextremist und Sozialarbeiter wäre. Einige Jahre lang war beispielsweise der Mitbegründer der inzwischen verbotenen *Skinheads Sächsische Schweiz* (SSS) bei der Arbeiterwohlfahrt in Pirna als Sozialarbeiter angestellt. Die militante Neonaziorganisation gründete in der Zeit eigens eine „Aufbauorganisation“ für Jugendliche ab 14 Jahren. „Die extreme Rechte hat Sozialarbeit längst als ein offenes Feld entdeckt, das auch von Rechts besetzt werden kann“, sagt *Michael Weiss* vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum. Dekanin Ulmer will ein Modul „Nationalsozialismus und moderner Rechtsextremismus“ konzipieren, um so der Alltagsrealität Rechnung zu tragen. „Ein ‚Aufstand der Anständigen‘ sieht anders aus“, kritisieren dagegen die beiden Studentinnen in der Eingangshalle. Etwas ratlos sind sie auch: Nach einigen gut besuchten Informationsveranstaltungen und Arbeitsgruppentreffen zum Fall Sören B. kämpfen sie mit dem Gefühl der Ohnmacht und dem sinkenden Interesse auch im Bekanntenkreis. Niemand werde Sören B. mehr daran hindern, Sozialpädagoge zu werden. *Heike Kleffner*

**Rechtsextremistische Parteien**

In den rechtsextremistischen Parteien sind rund 24 500 Personen organisiert (2002: 28 100). In dieser Zahl sind die Mitglieder der Partei „Die Republikaner“ (REP) enthalten, ohne dass damit jedes einzelne Mitglied als rechtsextremistisch zu bewerten ist. Der Rückgang um rund 13 Prozent ergibt sich aus den Mitgliederverlusten der REP (ca. 1000), der „Deutschen Volksunion“ (DVU) (ca. 1500) und der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) (ca. 1100).



\* Die Zahlen sind zum Teil geschätzt und gerundet.

**Der sichtbare und offen propagierte rechte Extremismus bildet nur die Spitze des Eisbergs.**



Fotos: Alex Kraus/Kapix

# Braune Kids – hilflose Lehrer?

**Herausforderungen an eine Pädagogik gegen Rechts**

*Was tun Pädagoginnen und Pädagogen, wenn sie feststellen, dass sich in ihrer Klasse rechtsextremes Gedankengut ausbreitet oder dass rechte Skins Mitschüler bedrohen? Wie reagieren sie, selbst wenn „nur“ Sympathien bei ihren Schülern erkennbar werden für rechtsextreme Weltbilder? Argumente allein, so der Esslinger Rechtsextremismusforscher, Prof. Kurt Möller, reichen nicht aus.*

**U**nd wenn die Rechten eines Tages auf unserem Schulhof und am Schultor agitieren, dann verjagen wir sie schon“ – die selbstsichere Entschlossenheit des Rektors, der kürzlich diese Äußerung tat, in allen Ehren, helfen allerdings vermag sie kaum gegen die Propagandaangriffe von Rechtsaußen. Zum Einen wissen wir seit längerem: Extrem rechtes Gedankengut streuen beileibe nicht nur ausgewiesene braune Rattenfänger mit entsprechendem Parteibuch und organisatorischer Bindung unter junge Leute. Zum Anderen – und dies ist neu – hat sich die Schulhofansprache seit kurzem ins *world wide web* verlagert. Unter [www.schulhof.net](http://www.schulhof.net) (siehe Seite 17)

werden Jugendliche nicht nur aufgerufen, sich den „freien Nationalisten“ anzuschließen und Kontakt zu entsprechenden Regionalgruppen aufzunehmen. Hier lassen sich auch einschlägige Musikstücke downloaden. Rechtsextreme Jugendkultur geht in die Kampagnen-Offensive – und ist so clever, sich dabei auf einem Niveau zu bewegen, das rechtlich unanfechtbar erscheint.

„Und was jetzt?“, fragen sich Lehrer und Schulleitungen. Vorbeugen? Ignorieren? Intervenieren? Oder was?

Im Vergleich zur inzwischen relativ breit ausgebauten empirischen Forschung über Gewalt in, an und im Umfeld von Schulen sind genauere Untersuchungen zum Verhältnis von Schule und Rechtsextremismus noch Mangelware. Dies ist um so bedauerlicher, als sich seit einigen Jahren deutliche Tendenzen einer Verjüngung der Szene abzeichnen.

## „Baby-Skins“

Gerade die für rechtzeitiges pädagogisches Eingreifen relevanten Einstiegsprozesse erfolgen oft bereits im Alter von zwölf, 13 Jahren („Baby-Skins“). Vorhandene Erkenntnisse beziehen sich meist auf eine von der Schulform- bzw. vom Bildungsniveau abhängige rechtsextreme Anfälligkeit. Nahezu durchweg wird festgestellt, dass rechtsextreme

Affinitäten bzw. Gefährdungen um so größer sind, je geringer die schulische Qualifikation ausfällt. Die Frage ist allerdings, ob es sich bei diesem Befund nicht um einen methodischen Artefakt handelt. Man sollte sich in diesem Kontext darüber im Klaren sein, dass in den Mittelschichten qua Sozialisation eher Zurückhaltung und Vorsicht hinsichtlich deutlich akzentuierter extremer politischer Positionen vorherrscht. Auch ist in diesen Kreisen stärker die Präferenz von struktureller Gewalt gegenüber physischer zur Durchsetzung eigener Interessen verbreitet. Solche schichtspezifischen Verhaltensweisen lassen kaum erwarten, dass Untersuchungen, die mit einem traditionellen Rechtsextremismusbegriff operieren, die in der Mittelschicht eher unter der Oberfläche wirksamen antidemokratischen Potenziale zu Tage bringen. Dabei werden Strömungen, die übergangslos vom rechten Extremismus in den Neokonservatismus reichen, allzu leicht übersehen.

## Spitze des Eisbergs

Anders formuliert: Der sichtbare und offen propagierte rechte Extremismus bildet nur die Spitze eines Eisbergs. Und wie in der Natur, so ist auch im politischen Bereich zu vermuten, dass der Rechtsextremismus seine Stabilität und Bedrohlichkeit für das Schiff der Demokratie vor allem aus der ungleich größeren Masse bezieht, die unter der Oberfläche schwimmt. Die Formel „Je mehr Bildung, desto weniger Rechtsextremismus“ kann demnach trügerisch sein. Dies gilt zumal dann, wenn man Bildung – wie dies unser Schulsystem im Wesentlichen macht – nahezu ausschließlich als arbeitsmarktrelevante Formalqualifikation begreift. Dagegen wird kaum mehr Solidarität als wichtiges Lernziel formuliert. Es ist daher ein fataler Ansatz, die Bekämpfung von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus auf Sonder- und Haupt- bzw. Berufsschulen zu begrenzen – oder zumindest auf diese zu fokussieren.

Statt dessen benötigen wir eine breit angelegte schulische Initiative, die der Prävention einen angemessenen Stellenwert einräumt. Sie sollte die eigenständige Identitätsbildung von Schülern fördern, um diese gegen rechte/rechtsextreme Köderungen zu immunisieren. Folgenden Punkten kommt dabei eine vorrangige Bedeutung zu:

Bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist, deutlicher noch als bei anderem Klientel, ein Bild von Schule wahrnehmbar, das in der Feststellung gipfelt: „Mein Leben und Schule – das sind zwei



**Wenn bekannt ist, dass die Probleme, die Kinder und Jugendliche machen, eng mit jenen zusammenhängen, die sie haben, dann müssen die außerschulischen Lebenskontexte von jungen Menschen stärker in Schule berücksichtigt werden.**

Dinge, die nichts miteinander zu tun haben; die Schule behindert mein Leben und das eigentliche Leben des Alltags beginnt erst nach der Schule.“ Wenn junge Leute so empfinden, muss sich Schule fragen: Wie lässt sich Leben in Schule und wie lässt sich Schule ins Leben besser integrieren?

### Eine Schule, gegen Rechts'

Dies gilt nicht nur für Lernformen, sondern sogar primär für den Lernstoff. Ein Beispiel: Rechtsextrem orientierte Skins haben fast immer großes Interesse an der Geschichte ihrer Jugendkultur. Warum sollte sie nicht im Geschichtsunterricht aufgearbeitet werden? Im Sinne demokratischer Aufklärung bringt das wahrscheinlich weitaus mehr als der wohlmeinende, aber durchaus schiefe Verweis auf die Kontinuität des Nationalsozialismus im heutigen Rechtsextremismus. Die Schüler wüssten dann etwa, dass die Skinhead-Bewegung ihre Ursprünge in der Karibik hat, Dunkelhäutige ihre anfänglichen Protagonisten waren und Skinheads auch dezidiert antirassistisch, ja sogar extrem links sein können. Historisches Lernen, das an vorhandenen Interessen der Lernenden anknüpft, müsste keine Zeit und Tricks darauf verwenden, Abwehrhaltungen argumentativ auszuhebeln. Wir wissen: Ein lern- und toleranzförderliches Klima basiert vor allem auf Beziehungsqualitäten. Hier ist die Struktur der Beziehungen zwischen Lehrern und

Schülern sowie zwischen Jugendlichen untereinander von herausragender Bedeutung. Die beste Voraussetzung dafür ist eine Schul- und Lernkultur, in der alle Zugehörigkeit, Anerkennung und Partizipation erleben können. Wird Zugehörigkeit nicht durch das Gefühl, im Alltag nützlich und etwas wert zu sein, erfahren, sucht sie sich leicht andere, biologistische Bezugspunkte: durch nationale, geschlechtsspezifische oder ‚rassistische‘ Zugehörigkeit. Doch: Zugehörigkeit zu Schule und Klassenverband ist nicht auf Leistungserbringung reduzierbar; sie gründet nicht minder in sozialen Kompetenzen und Funktionen. Deshalb muss schulische Anerkennung weit über Leistungsbewertung und Notenvergabe hinausgehen. Ansätze sind z. B. Anerkennung von freiwilliger Aktivität (etwa als Streitschlichter) in Zeugnissen. Denn wo Anerkennung nicht auf gesellschaftlich akzeptable Weise erworben wird, projiziert sich das Bedürfnis nach ihr meist rasch auf andere ausgrenzende Formen wie sie die extreme Rechte zuhauf in Bildern wie dem letzten ‚aufrechten Deutschen‘ oder dem ‚Verteidiger des Abendlands‘ anbietet. Insoweit das Bedürfnis nach sozialer und politischer Teilhabe in demokratischen gesellschaftlichen Zentralinstanzen – also auch in Schule – nicht befriedigt wird, sucht es andernorts Erfüllung. Zu den Zielgruppen, die besondere Aufmerksamkeit brauchen, gehören die Jungen. Sie sind immer noch überpro-

portional gefährdet, nach rechts abzuweichen. Noch weniger als die außerschulische Pädagogik hat bisher die Schulpädagogik auf diesen Fakt reagiert. Hintergründe in der männlichen Sozialisation und innerhalb der eben gerade nicht sonderlich jugendförderlichen Strukturen von Schule müssten daher gezielt durch eine geschlechterreflektierende Arbeit aufgearbeitet werden.

### Positive Selbstwerterfahrung

Da – selbst wenn gerechtere Bildungschancen angestrebt und notwendige Unterstützungsformen für schulisches Lernen ausgebaut sind – die Zugehörigkeits-, Anerkennungs- und Partizipationsmöglichkeiten in der bestehenden Leistungsschule durch ihren zentralen Qualifizierungsauftrag limitiert sind, könnten außerunterrichtliche Aktivitäten hier manches kompensieren. Wer etwa im Schulchor oder in der Sport-AG jene positive Selbstwerterfahrungen macht, die die eigene Person als einzigartig und gleichzeitig sozial eingebunden erleben lässt, sieht sich nicht veranlasst, Identität von dort zu leihen, wo sie wohlfeil angeboten wird: als ‚weißer Arier‘ oder ‚Kanakenhasser‘.

Wenn seit Herman Nohl bekannt ist, dass die Probleme, die Kinder und Jugendliche machen, eng mit jenen zusammenhängen, die sie haben, dann müssen die außerschulischen Lebenskontexte von jungen Menschen stärker in Schule Berücksichtigung finden. Halbwüchsige erfinden politische Auffassungen nicht neu. Sie finden sie vielmehr in den Räumen ihres Aufwachsens vor. Schule muss sich von daher zum Gemeinwesen hin öffnen mit dem Ziel, die Bedürfnisse und Probleme von Schülern und ihren Familien sensibler als bislang wahrzunehmen.

„Und was nützt das alles?“ – so werden manche fragen. In der Tat, wir wissen viel zu wenig über Erfolg, Wirkung und Effizienz pädagogischer Maßnahmen inner- und außerhalb von Schule. In dieser Hinsicht muss die Pädagogik in Deutschland noch aus dem Status einer Entwicklungsregion herausfinden.

Kurt Möller

**Literatur:**  
Möller, K.: Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15-jährigen. Weinheim und München 2000  
Möller, K.: Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Erziehungs- und sozialarbeitswissenschaftliche Expertise für das BMWF zum Forschungsverbund „Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“. Esslingen und Bielefeld 2002  
Möller, K./Schubarth, W.: Perspektiven für das Erlernen demokratischer Toleranz in Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung – Anmerkungen zur Expertise „Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz“. Erscheint in: Georgi, Viola B./Hartmann, Hauke/Schellenberg, Britta/Seberich, Michael (Hg.): Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 2: Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis. Gütersloh 2005

## NPD-„Schulhofoffensive“

### Rechtsrock im Netz

Seit Sommer 2004 versucht die NPD, über die Nutzung neuer Medien massiv Schüler und Schülerinnen zu agitieren. Moderne Rekrutierungsarbeit für die eigenen Reihen.

Die Partei setzt dabei vor allem auf die jugendkulturelle Attraktion von recht(sextrem)er Musik. Der von Verfassungsschützern seit langem als „Einstiegsdroge“ in die rechtsextreme Szene bezeichnete Rechtsrock wird zur Zeit kostenlos über die Adresse [www.schulhof.net](http://www.schulhof.net) im Internet zum downloaden zur Verfügung gestellt und als Gratis-CD vor weiterführenden Schulen verteilt. Nach der augenscheinlich erfolgreichen Erprobung dieser Ansprachestrategie im Vorfeld der letzten sächsischen Landtagswahl

war geplant, 5000 Exemplare mit „volkstreuern Liedern“ auch im schleswig-holsteinischen Wahlkampf einzusetzen. Die juristisch kaum zu verhindernde Initiative der Verteilung weder verbotener noch (bislang jedenfalls) indizierter Stücke ist eingebettet in einen Kontext einschlägiger inhaltlicher politischer Angebote, zu denen u. a. auch regionale Kontaktadressen von braunen „Kameradschaften“ gehören. Die nationalistische „Offensive“ nutzt als Marketing-Strategie einen Mix von Partei, Ideologie und rechtsextremer Jugendkultur, der – wie der modernisierte Rechtsextremismus unserer Tage insgesamt – alles andere als ewiggestrig erscheint und nicht zuletzt Schule und Pädagogik vor neue Herausforderungen stellt.

Kurt Moeller



**Prävention gegen Rechts: demokratische Alltagskultur in den Bildungseinrichtungen.**



Foto: David Auserhofer

# Demokratie lernen und leben

**Kann das BLK-Programm rechtsextremer Gesinnung entgegenwirken?**

*Dem Ziel, demokratische Schulqualität zu entwickeln, soll das Bund-Länder-Modellprogramm „Demokratie lernen und leben“ dienen. Prof. Wolfgang Edelstein vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin, der an der Koordinierung des Programms beteiligt ist, stellt es vor. Ob das Programm ein tragfähiges Konzept ist, das rechtsextremistische und antidemokratische Potenzial unter Jugendlichen einzudämmen?*

**D**er Erfolg der Rechtsextremen bei der Sachsenwahl und die Provokationen der NPD zum 60. Jahrestag der Befreiung des Todeslagers Auschwitz und der Zerstörung Dresdens – diese von den Rechten selbst erzeugte und kalkulierte Auffälligkeit im politischen Leben der Republik – haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat jetzt auch Bundespräsident Horst Köhler während seiner Israelreise im Januar 2005 auf die politische Agenda gesetzt („Wir müssen die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemiten suchen, und wir müssen sie offensiv führen, und wir werden das auch tun.“ – die Red.). Vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit und Verelendungsängsten der Bürger erhält das Aufleben der Rechtsextremen eine nunmehr auch

parteipolitische Brisanz. Wieder einmal erscheint die Zeit reif zum Handeln. Bereits um die Jahrtausendwende hatte die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit, aber auch die öffentliche Hand, unter dem Eindruck eines verstärkten rechtsextremen Aktivismus mit Initiativen gegen Rechts reagiert. Damals entstanden z. B. das Aktionsbündnis gegen Aggression und Gewalt (Programm AgAG) oder das Bündnis für Demokratie und Toleranz. Initiativen, die indessen bei Auslaufen der Finanzierung nach viel zu kurzer Laufzeit wieder zu versickern und auszutrocknen drohen, während demokratiefeindliche Orientierungen weiter zunehmen, wie Umfragen unter Jugendlichen zeigen. Auch wenn rechtsradikale Überzeugungen und sogar neonazistische Ideologien keineswegs auf Deutschland beschränkt sind, sind sie hier durch die deutsche Vergangenheit spezifisch geprägt. Es ist diese historische Erbschaft, die den Rechtsextremismus in Deutschland zu einer besonderen Herausforderung macht. Seine Bekämpfung und die Auseinandersetzung mit seinen verschiedenen Facetten muss zunächst jeweils auf lokaler Ebene geführt werden. Daher erscheinen die lokalen Programme, bei denen Jugendarbeit und Schule kooperieren, besonders hilfreich. Eine übergreifende Abwehrstrategie, die den politischen und lebensweltlichen Nährboden des Rechtsextremismus ins Visier nimmt, muss präventiv und grundsätzlich sein: Sie muss die psychischen

Bruchstellen bei Jugendlichen, an denen deren legitime Nöte und faktische Verletzungen mit Hilfe rechtsextremistischer Ideologien kompensiert werden, vorab mit Maßnahmen schützen, die solche Verletzungen strukturell erst gar nicht ermöglichen.

## **Nicht nur Ort des Abstiegs**

Gewiss ist Schule der Ort, an dem Jugendliche negative Erfahrungen von Schulabstieg, Demütigung und Langeweile sowie Deprivation, d. h. Verlust von Anerkennung und Zuwendung, intensiv erfahren. Doch ebenso ist Schule auch der Ort, an dem präventive Maßnahmen besonders greifen könnten. Alle Schüler könnten an einem Klima der Anerkennung, Teilhabe, der Fairness, an einer Praxis selbstwirksamen Handelns und konstruktiven Lernens mitwirken. Dies ist nach dem Philosophen und Erziehungswissenschaftler *John Dewey*, das, was „Demokratie und Erziehung“ unter geeigneten Bedingungen ermöglicht. Diese Bedingungen gilt es, in einer republikanischen Praxis von Schule zu realisieren. Einer Schule, die Leben und Lernen, Unterricht und Schulleben nach demokratieförderlichen Gesichtspunkten gestaltet. Leben und Lernen in einer solchen Bildungseinrichtung könnten einen Rahmen schaffen, in dem Demütigung von Schülern nicht mehr erlebt wird und der Verlust von Anerkennung erst gar nicht stattfindet. Das wäre eine wirksame Prävention gegen rechtsextreme Übergriffe. Denn Demütigung und der Entzug von Zuwendung sind psychische Verletzungen, die rechtsextremistische Dispositionen bei jungen Menschen begünstigen. Auf dem Höhepunkt der rechtsextremistischen Umtriebe wurde um das Jahr 2000 nach Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe der *Freudenberg* Stiftung mit besonderer Unterstützung durch das Land Berlin der Vorschlag eines Modellprogramms „Demokratie lernen und leben“ an die Bund-Länder-Kommission (BLK) gerichtet. Dabei geht es weniger um politische Aufklärung im engeren Sinne als um die gewaltpräventive Wirksamkeit demokratischer Lern- und Lebensformen. Ziel ist der Erwerb sozialer und ziviler Handlungskompetenz in demokratisch organisierten Schulen. Das Programm strebt an, Schulen im Blick auf Erziehung zur Demokratie systematisch zu entwickeln, sowohl in einzelnen pädagogischen Handlungsbereichen als auch als Institution. Am Ende dieses Entwicklungsprozesses soll die demokratieförderliche Schule stehen, in der Schüler an demokratischen Prozes-

sen teilhaben. Darüber sollen ihnen zivile Normen und Werte vermittelt werden, die sie auf ein soziales Handeln in der Zivilgesellschaft einüben.

Seinen Zielen entsprechend ist das Programm „Demokratie lernen und leben“ modular organisiert. Die ersten beiden Module, „Unterricht und Projekte“, sollen vor allem dem Erwerb demokratischer und sozialer Handlungskompetenzen dienen („Demokratie lernen“). Die weiteren Module „Partizipation“ („Schule als Demokratie“) und „Öffnung der Schule für Kooperation“ mit Institutionen und Projekten in den Gemeinden richten sich auf die Qualität der Schule als Erfahrungs- und Handlungsraum, als demokratische Lebensform, die Teilhabe an demokratischen Prozesse.

**Fortbildung erforderlich**

Für ein Programm dieser Reichweite, ist Fortbildung erforderlich. Sie soll die Teilnehmer in die Lage versetzen, notwendige Kompetenzen zu entwickeln, um die Aufgaben des Programms zu erfüllen. Zu den Fortbildungsangeboten gehören unter anderem: didaktische Strategien der Förderung sozialkognitiver Entwicklung, Training für Zivilcourage, Verfahren der Dilemmadiskussion, Förderung der Entwicklung von Selbstwirksamkeitsüberzeugungen in der Schulklasse.

**„Demokratieberater“**

Da es im Programm nicht nur um die Entwicklung von Einzelschulen, sondern den Transfer der Entwicklungsergebnisse in das Schulsystem geht, werden die entsprechenden Kurse nicht bloß programmintern den teilnehmenden Schulen angeboten, sondern übergreifend einer von den Bundesländern ausgewählten Gruppe von etwa 150 Multiplikatoren. Sie sollen mit rund 200 Stunden eines vom LISUM in Brandenburg organisierten Trainings eine zertifizierte Qualifikation als „Demokratieberater“ erwerben, die sie in Schulen und Fortbildungsinstitutionen weitergeben können.

**Organisiert in Netzwerken**

Das Programm organisiert sich in themenspezifischen Netzwerken in 13 Bundesländern, die sich daran beteiligen: ein bis vier Netzwerke je Bundesland, insgesamt 25 Netzwerke mit etwa 170 Schulen. Jedes Bundesland hat eigene Schwerpunkte, aber fördert auch themenorientierte und Ländergrenzen überschreitende Kooperationsbeziehungen. Jedes Netzwerk verfügt zudem über einen Koordinator, und setzt einen

Projektleiter ein. Eine Koordinierungsstelle an der Freien Universität Berlin koordiniert und berät Schulentwicklung, Aktivität der Netzwerke, Fortbildung. Sie übernimmt auch die Öffentlichkeitsarbeit der Schulen und ihrer Zusammenschlüsse, publiziert eine Schriftenreihe („Beiträge zur Demokratiepädagogik“) sowie einen Newsletter und organisiert einen Internetauftritt mit Materialien und Informationsangeboten ([www.blk-demokratie.de](http://www.blk-demokratie.de)).

**Offene Fragen**

So weit, so gut. Mittlerweile hat das Programm die Hälfte seiner Laufzeit (fünf Jahre) durchschritten. Was wird davon bleiben? Wie effektiv ist es? Das Schulsystem umfasst über 40000 Schulen, das Programm rund 170. Wie nachhaltig ist der Transfer aus dem Projekt ins System? Und überhaupt: Wie zukunftsfähig ist die länderübergreifende Kooperation in Modellprogrammen? Wie schwerfällig deren hierarchische Struktur? Wie gefährdet ist jedes noch so zukunftsträchtige Modell im Bildungsbeereich durch fiskalische Auszehrung und verfassungspolitische Kleinstaaterei? Ob das BLK-Programm das Zeug hat, die demokratische Überzeugung junger Menschen zu stützen, die es durchlaufen, wissen wir auch deswegen (noch) nicht, weil es bisher nicht evaluiert worden ist (Das wird es erst in drei Jahren sein!). Wir wissen deshalb nicht wirklich, ob es gelungen ist, an den teilnehmenden Schulen demokratische Schulqualität zu entwickeln. Vorsichtiger ausgedrückt: Ob es gelungen ist, demokratieförderliche Prozesse an Schulen unter Mitwirkung der Mehrheit in den Kollegien tatsächlich einzuleiten. Die Fachleute der politischen Bildung stehen derweil teilweise verhalten, teilweise offen kritisch beiseite.

Während die Auseinandersetzungen über diese Fragen noch geführt werden, nimmt das rechtsextremistische und antidemokratische Potenzial in der Jugend vor unseren Augen zu. Die politische Bildung in unseren Schulen hat dies nicht zu verhindern vermocht. Vieles spricht dafür, dass die negative Schulerfahrung vieler junger Menschen zu dieser Entwicklung beiträgt.

In ihrer Kurzgeschichte „Ein Mensch wird Nazi“ zeigt die Schriftstellerin *Anna Seghers* eindrucksvoll, wie Schule und Unterricht den fatalen Prozess antidemokratischer Identitätsbildung bei einem unterprivilegierten Jugendlichen befördern. Das Beispiel steht nachweislich für Hunderttausende.

Wolfgang Edelstein

*Literatur*

Bromba, M. & Edelstein, W. (2001). *Das anti-demokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung*, Bonn.  
 Dewey, J. (2004). *Democracy and education*. Mineola, NY: Dover Publications.  
 Edelstein, W. (2002). *Die Ausbreitung einer rechten Jugendkultur in Deutschland. Mit einigen Vorschlägen zur Prävention*. In F. Büchel, J. Glück, U. Hoffrage, P. Stanat & J. Wirth (Hrsg.), *Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dokumentation einer multidisziplinären Vortragsreihe*. Opladen: Leske + Budrich, 11-62.  
 Edelstein, W. & Fauser, P. (2001). *Gutachten zum Programm „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung*, Bonn, Heft 96.  
 Heitmeyer, W. (Hrsg.). 2002. *Deutsche Zustände. Folge I*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.  
 Seghers, A. (1977). *Ein Mensch wird Nazi*. In „Gesammelte Werke in Einzelausgaben“, Band IX Erzählungen 1926-1944. Berlin: Aufbau Verlag.  
 Zentrum Demokratische Kultur (2003). „Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie“. *Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen. Schriftenreihe des Zentrum Demokratische Kultur*, 4. Stuttgart: Klett.

**Lernen und Leben in Schulen könnten einen Rahmen schaffen, in den Demütigung von Schülern nicht mehr erlebt wird und der Verlust von Anerkennung erst gar nicht stattfindet.**



Foto: Alex Kraus/Kapix

**Demokratisches Engagement in Verden: Schüler machen ihre Schule – das Gymnasium am Wall – nach einem Neonaziüberfall mit Unterstützung ihrer Lehrer zu einer „Schule mit Courage“.**



Foto: Joanna Kosowiska

## Neonazis in Verden

... und die Gegenwehr von Schülern und Lehrern

*Nachdem Neonazis in Verden bei Bremen in einer Schule eine GEW-Veranstaltung mit Schlagstöcken überfallen haben, hat sich im Ort und an lokalen Schulen eine breite Abwehrfront gegen rechtsradikale Aktivitäten gebildet.*

**D**er 21. April 2004 ist ein Wendepunkt im Leben des 19-jährigen Schülers *Fabian Lohmann*. Gemeinsam mit etlichen Lehrern und Schülern besuchte er am Abend in Verden eine Infoveranstaltung der GEW zum Rechtsradikalismus in der Region. Bereits kurz nach Beginn der Veranstaltung stürmen über 30 Nazis das Gebäude. Sie sind mit Tränengas und Schlagstöcken bewaffnet. Später stellt sich heraus, dass auch Mitglieder der JN/NPD an dem Überfall beteiligt waren.

Der Überfall ist der vorläufige Höhepunkt neonazistischer Aktivitäten in Verden und Umgebung. Seit Monaten verteilen Anhänger der JN/NPD Verden-Rotenburg Flugblätter und Zeitungen vor den Schulen im Landkreis. Zeitgleich kauft der Rechtsanwalt und bekennende Neonazi *Jürgen Rieger* in der Nähe ein altes Gutshaus, das zum Schulungszentrum für Neonazis ausgebaut werden soll. Für Fabian Lohmann ist klar: Es muss etwas von den Schülern gegen die Neonazis unternommen werden. Lohmann, der Schülersprecher am Gymnasium am Wall ist, stößt über das Internet auf das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC). Es ist ein von der GEW unterstütztes Projekt, das Schülern bei ihrem Engagement gegen alle Formen

von Diskriminierung begleitet. 225 Schulen haben sich in Deutschland dem Netzwerk angeschlossen. Damit eine Schule als SOR-SMC-Schule ausgezeichnet wird, müssen sich unter anderem mindestens 70 Prozent aller an einer Schule tätigen Menschen (Schüler, Lehrer und technisches Personal) per Unterschrift dazu verpflichten, sich aktiv gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Diskriminierung einzusetzen.

Lohmann kann seine Schule recht schnell für die Idee begeistern. Innerhalb weniger Wochen sind die notwendigen Unterschriften gesammelt. Schon jetzt hat sich das Profil der Schule ein wenig verändert. In der Eingangshalle steht eine braune Tonne, in der die vor den Schulen verteilte Nazipropaganda entsorgt werden kann. Eine Ausstellung informiert über die Ziele, Ideologie und Strategien der Neonazis. In mehr als dreißig Arbeitsgruppen arbeiten Schüler zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus.

In nur wenigen Monaten haben die Jugendlichen in Verden ein breites Bündnis gegen Rechts auf die Beine gestellt und Unterstützung organisiert. Der Bürgermeister von Verden, *Lutz Brockmann*, und die Chefredakteurin der *taz*, *Bascha Mika*, sind Paten der Schule. Und mit Hilfe der Bremer Tageszeitungen wurde „Kontrast – das schülermagazin kontra rassismus“ produziert. Die die Schüler brauchen diese Unterstützung, denn die Neonazis haben schon längst auf die SOR-SMC-Initiative reagiert. Sie verbreiten Steckbriefe mit Fotos von Lohmann und seinen Mitstreitern. Es kam bereits zu ersten Übergriffen. Doch die jungen Leute lassen sich nicht einschüchtern.

Eberhard Seidel

## „Aufmucken“

Musik gegen Rechts

*Mit der Initiative „Aufmucken gegen Rechts“ in Berlin stellt E&W ein mutmachendes Beispiel für demokratisches Engagement vor.*

„Jugendliche, die für rechtes Gedankengut anfällig sind, erreicht man nicht mit schlaun Papieren“, sagt *Robert Wollenberg*, Sprecher der Initiative „Aufmucken gegen Rechts“. Das von der sozialistischen Jugend *solid* und der Gewerkschaftsjugend getragene sowie von der GEW unterstützte Projekt verfolgt einen „jugendkompatiblen“ Ansatz. Das Projekt führt den Kampf gegen Rechts über die Musik.

Im Januar 2005 brachte es 50 000 CDs mit Liedern gegen Rechts heraus. Die Herstellung wurde über Spenden finanziert. 17 Bands, darunter *Die Fantastischen Vier*, *Virginia Jetzt!* und *Seed* stellten Songs teilweise gratis bereit.

Akteure von „Aufmucken gegen Rechts“ sind junge Leute aus dem gesamten Bundesgebiet, teilweise sehr kleine lokale Gruppierungen, Schülervertretungen und Bürgerinitiativen. Die Fäden laufen zusammen bei drei ehrenamtlichen Koordinatoren im Büro von *solid* in Berlin, die selbst um die 20 Jahre alt sind.

Ihre ursprüngliche Idee war wirklich ein „Aufmucken“. Und zwar gegen den Plan von 56 neonazistischen Organisationen, Mitte 2004 in einer „Aktion Schulhof“ 250 000 CDs mit rechter Musik zu verbreiten (s. *E&W* 9/2004).

Inzwischen hat der Generalstaatsanwalt von Sachsen-Anhalt zwar eine Beschlagnahme wegen Jugendgefährdung angeordnet. Die CD mit „Liedern aus dem Untergrund“ darf bei Strafandrohung nicht verteilt werden. Allerdings sind 50 000 Stück verschwunden. Auf Schulhöfen in Niedersachsen sollen Exemplare aufgetaucht sein. Neonazi-Musikportale bieten die Stücke zum Downloaden an. „Unsere CD-Kampagne läuft noch bis April 2005. Aber mit unserer Arbeit hören wir nicht auf“, kündigt *Robert Wollenberg* an.

Uta Alexander

Kontakt: *solid e. V.*, kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon 030/24009419, [www.mucke-gegen-rechts.de](http://www.mucke-gegen-rechts.de).

Infos über weitere Initiativen unter: [www.gew.de/EW\\_Initiative\\_gegen\\_rechts.html](http://www.gew.de/EW_Initiative_gegen_rechts.html)

## Nützlich für die Frauen?

**Antidiskriminierungsgesetz soll 2005 verabschiedet werden**

*In Deutschland soll nicht mehr diskriminiert werden dürfen – so will es die rot-grüne Bundesregierung und debatierte im Januar das Antidiskriminierungsgesetz (ADG) in erster Lesung im Bundestag. Lange geisterten Entwürfe durch die Republik, Brüssel startete bereits ein Strafverfahren, weil Deutschland die entsprechenden drei EU-Richtlinien nicht fristgerecht umsetzte. Noch in diesem Jahr soll das ADG verabschiedet werden. Doch gelingt es damit, die strukturelle Benachteiligung von Frauen aus den Angeln zu heben? Skepsis ist angebracht.*

**Z**iel des neuen Gesetzes ist es, Diskriminierung aufgrund von Rasse und ethischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Alter, Behinderung und sexueller Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Dies gilt sowohl im Berufsleben als auch in zivilrechtlichen Fragen. Für die Betroffenen besonders wichtig: Die Beweispflicht liegt bei den Beklagten, nicht bei ihnen, sofern sie die Diskriminierung glaubhaft machen können.

Die Gewerkschaften begrüßten den Entwurf einhellig. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende *Ursula Engelen-Kefer*: „Der Gesetzentwurf der Koalition ist eine große Chance für mehr Freiheit, Vielfalt und damit auch wirtschaftlichen Fortschritt.“ Dem Gesetzentwurf der Koalition zufolge können Diskriminierungen

in Zukunft auch durch Verbände, Gewerkschaften und Betriebsräte aufgeklärt werden. Die Kritik der Arbeitgeber, jetzt würde eine massive Klagewelle anrollen, wies sie zurück: „Das ist reine Panikmache. Gerade durch das kollektive Klagerecht wird sich die Zahl der gerichtlichen Auseinandersetzungen in engen Grenzen halten.“ Was heißt das für die Frauen?

### **Benachteiligung bleibt**

Auch wenn individuelle Diskriminierung demnächst gerichtlich verfolgt werden kann, die strukturelle Diskriminierung in Deutschland ist damit nicht vom Tisch. Altbekannt und leider immer noch wahr: Frauen arbeiten öfter in Teilzeit, ihre Arbeit wird geringer bezahlt, sie erhalten weniger Rente. Auch der akademische Bereich spiegelt diese strukturelle Benachteiligung von Frauen wider: So beträgt der prozentuale Anteil der Studentinnen etwa an der FU Berlin nach Angaben der Frauenbeauftragten des Fachbereichs Politikwissenschaft, *Barbara Strobel*, zwar derzeit 57,6 Prozent. Je weiter man aber die akademische Leiter nach oben verfolgt, desto weniger ist dort das weibliche Geschlecht vertreten. So liegt der Anteil der Frauen an Promotionen beispielsweise im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften in der FU Berlin derzeit bei 42,2 Prozent. Bei den Angestellten der Universität sind die Frauen in erster Linie im Mittelbau zu finden. Hier beträgt ihr Anteil zwar 55,8 Prozent. Aber bei der Besetzung der Professuren haben die Männer auch an der Berliner FU die Oberhand: lediglich 13 Prozent Frauen sind Professorinnen. Im

öffentlichen Dienst ist es nicht anders: Hier arbeiten in der Mehrzahl *Frauen*, die Leitungsfunktionen haben jedoch in erster Linie *Männer* inne. Lässt sich diese strukturelle Benachteiligung per Gesetz wirklich aufheben, wenn es schon Ausnahmen zulässt?

So sieht das ADG einen Tendenzschutz vor, der es den Kirchen erlaubt, Beschäftigte nach ihren eigenen Moralvorstellungen auszuwählen. Die Deutsche Bischofskonferenz hatte im vergangenen Jahr das Eingehen einer eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft noch immer als „schwerwiegenden Loyalitätsverstoß“ gewertet. Kirchlich Beschäftigten, z. B. Krankenpflegern, Erzieherinnen oder Verwaltungsangestellten, wurde mit dienstrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Kündigung gedroht. *Alexander Zimm* vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD): „Gerade wenn kirchliche Träger als Dienstleistung öffentliche Aufgaben übernehmen, geht der Schutz der Kirchen zu weit.“

Für die Gewerkschaften ist ein Gleichstellungsgesetz aus diesen Gründen noch nicht vom Tisch. Doch ein Gleichstellungsgesetz wird es nach Meinung von *Gerd Andres*, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, in dieser Legislaturperiode nicht mehr geben. Im ADG seien die arbeitsrechtlichen Vereinbarungen besonders berücksichtigt. Gemeinsam mit den Erfolgen des Betriebsverfassungsgesetzes, das den Anteil von Frauen in der Betriebsratsarbeit erhöht habe, und des Teilzeitbefristungsgesetzes, habe die Bundesregierung mehr erreicht, als mit einem Gleichstellungsgesetz möglich gewesen wäre. Allerdings räumte er ein, dass der Anteil von Männern in Teilzeitarbeit noch zu gering sei. Warum wohl?

*Haidy Damm*



# Schavan auf Hexenjagd

Baden-Württemberg spricht Berufsverbot aus

Michael Csaszκόczy ist seit 1989 politisch aktiv. Als Mitglied der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD) engagiert er sich für Antirassismus und Friedenspolitik. Nach seinem Referendariat, das er mit einem Einser-Staatsexamen abschloss, hat er sich als Lehrer für den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg beworben. Doch aus seinen beruflichen Plänen wird erst einmal nichts. Kultusministerin Annette Schavan (CDU) verhängte im August 2004 ein Berufsverbot gegen ihn. Begründung: Csaszκόczy's Mitgliedschaft im AIHD (s. E&W 11/2004).



Foto: Privat

**Berufsverbot: Lehramtsbewerber Michael Csaszκόczy**

**Ulrike Noll:** Der Widerspruch gegen das Berufsverbot ist abgelehnt worden. Jetzt haben Sie den Klageweg über das Verwaltungsgericht in Karlsruhe besritten.

**Michael Csaszκόczy:** Das Kultusministerium hatte für meinen Fall klare Direktiven ausgegeben. Mit der Ablehnung hatte ich gerechnet. Dennoch hat sich das Oberschulamt für diese Entscheidung fast drei Monate Zeit gelassen. Offensichtlich wird dort darauf spekuliert, dass sich die Unruhe und die vielfältigen Proteste mit der Zeit totlaufen. Mit unserer Klage soll festgestellt werden, dass meine Nichteinstellung aus politischen Gründen rechtswidrig ist. Mein Ziel: Ich will rückwirkend in den Schuldienst eingestellt werden.

**Noll:** Auf welche Argumente stützen Sie sich vor allem?

**Csaszκόczy:** Es geht bei diesem Verfahren nicht um irgendeinen fehlerhaften Verwaltungsakt, sondern um zentrale Elemente des Grundgesetzes (GG) und der Europäischen Menschenrechtskon-

vention. Ich will zeigen, dass das Berufsverbot gegen das GG verstößt. Das Verbot schränkt die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Berufswahl ein. Es benachteiligt mich bei der Bewerbung für das Lehramt wegen meiner politischen Anschauungen gegenüber anderen, bestraft meine politischen Meinungsäußerungen und schließt mich wegen der Mitgliedschaft in einer antifaschistischen Vereinigung vom Lehramt aus. Dabei hat sich die Bundesrepublik verpflichtet, die Europäische Menschenrechtskonvention zu achten, in der freie Berufswahl, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit als grundlegende Menschenrechte festgeschrieben sind. Zudem werden sicherlich die Kompetenzen und das Vorgehen des Inlandsgeheimdienstes eine Rolle spielen, der mich nicht nur über mehr als zehn Jahre hinweg überwacht hat, sondern auch selbst aktiv geworden ist, um meine berufliche Existenz zu zerstören.

**Noll:** Ist geplant, vor den EuGH für Menschenrechte zu ziehen?

**Csaszκόczy:** Ich bin entschlossen, alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dabei geht es weniger um mich persönlich, sondern um eine prinzipielle Erwägung: Sollte das Land Baden-Württemberg mit der Wiederbelebung der antidemokratischen Berufsverbote durchkom-

men, stehen das Recht und die Möglichkeit aller im öffentlichen Dienst beschäftigten Kollegen auf dem Spiel, sich politisch frei zu betätigen ohne Repressalien befürchten zu müssen.

**Noll:** Der Fall hat für Wirbel gesorgt. Wie verhalten sich die Behörden?

**Csaszκόczy:** Oberschulamt und Kultusministerium hüllen sich in Schweigen. Sie versuchen, die Angelegenheit auszusitzen. Auf Anfragen und Proteste aus dem In- und Ausland wird – wenn überhaupt – mit Formbriefen reagiert. Da steht dann zu lesen, dass man sich zu einem laufenden Verfahren nicht äußert.

**Noll:** Machen weitere politische Aktivitäten Sinn?

**Csaszκόczy:** Das Kultusministerium ist merklich darum bemüht, dass mein 'Fall' nicht an die große Glocke gehängt wird. Das Ministerium erwartet, dass bald nicht mehr über das Berufsverbot gesprochen wird. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Rechnung nicht aufgeht.

**Noll:** Das Berufsverbot wird vor allem mit Ihrer Mitgliedschaft in der AIHD begründet. Ein Witz, wenn man sich vor Augen hält, dass sich die Aktionen militanter Neonazis im Bereich Mannheim, Bergstraße und Heidelberg häufen.

**Csaszκόczy:** Das durch den Verfassungsschutz zum Scheitern gebrachte NPD-Verbotsverfahren hat der gesam-

**Der Fall hat nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch bundesweit und international für Wirbel gesorgt. Unser Foto zeigt eine Demo in Heidelberg im Oktober 2004 gegen das Berufsverbot von Csaszκόczy.**



Foto: Privat

## Breiter Protest gegen Berufsverbot

Dienstliche Verfehlungen oder Straftaten werden Michael Csaszκόczy nicht vorgeworfen. Die Kultusministerin Annette Schavan beruft sich auf den Verfassungsschutz, der Csaszκόczy seit mehr als zehn Jahren beobachtet und die antifaschistische Gruppe, in der er aktiv ist, als linksextrem einschätzt. Csaszκόczy übt Kritik an der Abschiebepolitik der Bundesrepublik, mobilisiert gegen militante Neonazis und deutsche Kriegseinsätze.

Das Berufsverbot hat inzwischen nicht nur bundesweit, sondern auch international für Aufsehen und Empörung gesorgt. Ein breites Bündnis aus Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften, insbesondere der GEW, Parteien und antifaschistischen Gruppen protestiert gegen ein Wiederaufleben der Berufsverbotspraxis der 70er Jahre. Es beruft sich dabei vor allem auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) für Menschenrechte, der 1995 die Berufsverbotspraxis der Bundesrepublik als Verstoß gegen die Grundrechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gerügt hatte. Die GEW Baden-Württemberg fordert die sofortige Einstellung Csaszκόczy's: „Wir brauchen gerade in unseren Schulen Lehrkräfte, die sich für demokratische Werte und Ideen einsetzen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass Csaszκόczy in seinem Referendariat gegen seine politische Neutralitätspflicht verstoßen hat“, sagt Landesvorsitzender Rainer Dablem.

Nachdem der Widerspruch Csaszκόczy's gegen das Berufsverbot abgelehnt wurde, hat er am 30. November 2004 Klage eingereicht.

ur

ten neofaschistischen Szene spürbar Auftrieb gegeben. Das ist auch hier in der Region zu merken. Es ist brandgefährlich, rechte Umtriebe mit Nichtbeachtung zu strafen. Nicht nur, weil es gerade in Deutschland ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein müsste, faschistischen Aktivitäten überall entgegenzutreten. Der entscheidende Grund lautet: Die Gesellschaft ist eben nicht nur von einigen wenigen 'Extremisten' bedroht. Der neu erstarkende Faschismus stammt aus der Mitte der Gesellschaft. Die oft jugendlichen Akteure begreifen sich stolz als

Vollstrecker der schweigenden Mehrheit. Dieses Gefühl sollten wir ihnen nehmen.

*Noll: Berufsverbot ist auch staatlich verordnete Arbeitslosigkeit. Wovon leben Sie, wie sehen Ihre Pläne aus?*

**Csaszkóczy:** Zur Zeit bin ich gezwungen, vom neu eingeführten ALG II zu leben. Mittelfristig will ich mein wegen des Berufsverbots brachliegendes Promotionsvorhaben wieder aufgreifen. Und schließlich habe ich die Aussicht, in dem Beruf, den ich gelernt habe und der mir Spaß macht, zu arbeiten noch nicht abgeschlossen.

Ulrike Noll

## Schande für den Rechtsstaat

### Kommentar Berufsverbot

Vor 33 Jahren hatten Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und die Ministerpräsidenten der Länder gemeint, sie müssten die Demokratie vor so genannten „Extremisten“ schützen. Der Verfassungsschutz kam zu zweifelhaftem Ruhm. Dort liefen die Regelanfragen auf, ob es Zweifel an der Verfassungstreue von Lehrern, Kindergärtnerinnen und Postboten gäbe, wenn sie Mitglied einer zwar zugelassenen, aber vom Verfassungsschutz als kritisch beäugten Organisation oder Partei waren. Schließlich erhielten tausende vermeintliche „Verfassungsfeinde“ Berufsverbot.

Die Einmaligkeit der deutschen Repression zeigt sich auch daran, dass es diese Vokabel in anderen Sprachen gar nicht gibt. Konsequenterweise richteten sich die Proteste in Frankreich gegen „Le Berufsverbot“. Die International Labour Organization (ILO), das Europa-Parlament und die UNO-Menschenrechtskommission forderten die Aufhebung der Berufsverbote. Bundesdeutsche Gerichte jedoch lehnten Einsprüche der Betroffenen gegen die Gesinnungsschnüffelei ab. Das Bundesverfassungsgericht nahm Verfassungsbeschwerden nicht zur Entscheidung an. Nach mehr als 3,5 Millionen „Überprüfungen“ konnte diese antidemokratische Praxis endlich 1995 mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes gestoppt

werden. Im Fall einer mit Rechtsschutz der GEW unterstützten Lehrerin hat das Gericht die Verstöße gegen das Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gerügt.

Der „Radikalenerlass“ wurde zwar formell nie aufgehoben, aber seit den 90er Jahren nicht mehr praktiziert. Jetzt stünde es einer rot-grünen Bundesregierung gut an, ein Signal zur Rehabilitation der Berufsverbote zu setzen und Regelungen für eine Wiedergutmachung, zumindest der materiell erlittenen Schäden, auf den Weg zu bringen.

Doch 15 Jahre nach Ende des „Kalten Krieges“ droht dem Berufsverbot eine Neuauflage. Bei dem ungeheuerlichen Vorgang in Baden-Württemberg ist es unerheblich, ob die zuständige Kultusministerin Annette Schavan (CDU) meinte, rechten Unionsmitgliedern einen Kniefall anbieten zu müssen, um beim Wettlauf um die Teufel-Nachfolge mithalten zu können. Es wurde ihr nicht einmal „gelobt“. Nun wird es Zeit, zur Besinnung zu kommen und dem neuen Anfang von Berufsverboten mit einem Einstellungsangebot an den Heidelberger Kollegen Michael Csaszkóczy ein Ende zu setzen.

Alles Andere wäre beschämend für unseren Rechtsstaat.

Heiko Gosch



Heiko Gosch



Cartoon: Thomas Pfaffmann

## Verhandlungserfolg bei Bund und Gemeinden

**Länder mauern – DGB und GEW fordern: Tarifergebnis auf Beamte übertragen**

*Unter dem Strich ist ein tragfähiges Ergebnis herausgekommen. Die lange überfällige grundlegende Neugestaltung des Tarifrechts im öffentlichen Dienst ist eingeleitet. Zugleich ist für bestehende Beschäftigungsverhältnisse eine weitreichende Besitzstandsicherung festgeklopft worden. Die von einigen westdeutschen kommunalen Arbeitgebern angedrohte Blockade „Geld nur gegen Arbeitszeit“ konnte durchbrochen und weitere Angleichungsschritte Ost an West vereinbart werden. Das Tarifergebnis gilt jedoch nur für die Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeiter beim Bund sowie den Kommunen. Die Länder sind weiter außen vor. Die Gewerkschaften drängen aber auf Verhandlungen. Für Beamte fordern sie die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses.*

**N**och vor dem Auftakt der Tarifrunde hatte der Verhandlungschef für die Kommunen, Thomas Böhle (München), bekundet, ohne Arbeitszeitverlängerung würde ein Verhandlungsergebnis in der Mitgliederversammlung nicht die erforderliche Mehrheit von 75 Prozent erhalten. Die ver.di-Bundestarifkommission hat dagegen gehalten und sich deutlich gegen eine Arbeitszeitverlängerung ausgesprochen.

### **Kampf um „big points“**

Am ersten Verhandlungstag lagen die Positionen noch weit auseinander. Trotz unmittelbar vorangegangener mehrtägiger Verhandlungen in München waren wesentliche Fragen zur Neugestaltung nicht beantwortet: Der finanzielle Strukturausgleich für die Überleitung bestehender Beschäftigungsverhältnisse in die neue Entgelttabelle war nicht geklärt. Die Krankenhausbeschäftigten drohten aus der einheitlichen Entgelttabelle herauszufallen. Auch über Bereitschaftsdienste und Notlagenregelungen für Krankenhäuser, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, gab es keine Verständigung.

Doch die Arbeitgeber hatten nun andere Themen zu „big points“ erklärt: Arbeitszeitverlängerung auf 40 Stunden, keine Ost-Angleichung, Kürzung der Sonderzahlungen auf 60 Prozent. Einig waren sich die Arbeitgeber jedoch nicht: Insbesondere die kommunalen Arbeitgeberverbände (KAV) Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein wollten unbedingt eine Erhöhung der Arbeitszeit auf mindestens 40 Stunden. Die KAV aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen bestanden auf „Kostenneutralität“. Sie planten jeden Abschluss zu blockieren, der zu mehr Ausgaben führen könnte. Zusammen war damit bei den Kommunen die Sperrminorität gegen einen Abschluss in Beton gegossen. Bundesinnenminister *Otto Schily (SPD)* verlangte für den Fall einer Veränderung des Arbeitszeitvolumens bei den Kommunen für den Bund dagegen eine Nivellierung der Arbeitszeit: Verlängerung in West, Verkürzung in Ost. Parallel tagende Arbeitsgruppen handelten Lösungen für die Tarifreform aus. Allein zur Klärung von Entgeltstruktur ausgleichen rechneten sie 420 (!) Fallgruppen durch und handelten mögliche Ausgleichsbeträge aus. In Spitzenge-

sprächen wurde über die „big points“ gestritten. In der Nacht zum 9. Februar waren die Verhandlungsgrenzen erreicht. Als am Morgen danach ver.di-Vorsitzender *Frank Bsirske* „das Ergebnis, das mit den Arbeitgebern geht“, vorstellte (*siehe Kasten*), waren die Alternativen für die gewerkschaftlichen Beratungen klar: Annahme des Verhandlungskompromisses einschließlich einer Öffnungsklausel für gesonderte landesbezirkliche Tarifverhandlungen zur Verlängerung der Arbeitszeit mit kommunalen Arbeitgeberverbänden und einer eigenen Arbeitszeitkomponente beim Bund oder Ablehnung und Urabstimmung für einen unbefristeten Arbeitskampf. Ziel: ein besseres Ergebnis zu erstreiken. In der Tarifkommission ist über das Verhandlungsergebnis intensiv und kontrovers beraten worden, bevor es mit großer Mehrheit angenommen wurde.

### Kröte geschluckt

Eine Kröte mussten die Gewerkschaften für den Abschluss schlucken: Bund und Kommunen setzten eine „Meistbegünstigungsklausel“ durch. Danach sind für den Fall, dass die Gewerkschaften für die Arbeitgeber günstigere Tarifabschlüsse mit den Ländern aushandeln, diese auch dem Bund und den Kommunen abzubieten. Einerseits steckt die Befürchtung von Bund und Kommunen dahinter, dass die Gewerkschaften den Ländern bei den kommenden Tarifausinandersetzungen Zugeständnisse machen könnten. Auf diese Weise würden die „verhandlungstreuen“ Arbeitgeber nachträglich dafür „bestraft“, die Prozessvereinbarung nicht – wie die Länder – torpediert zu haben. Andererseits drücken Bund und Kommunen damit ihre Einschätzung aus, dass sie die Gewerkschaften gegenüber den Länderarbeitgebern für geschwächt und Zugeständnisse für möglich halten. Der Spielraum für Verhandlungen mit den Ländern ist damit vorgegeben. Das Tarifergebnis mit Bund und Kommunen muss die Grundlage für die Verhandlungen mit den Ländern werden. In diesem Sinne hatte auch die Große Tarifkommission der GEW am 10. Februar in Hannover diskutiert. Die Bundeskommission für Beamtinnen und Beamte beim DGB bewertete den Tarifabschluss als „Vorbild und Maßstab für die Weiterentwicklung des Beamtenrechts“. Sie forderte die Bundesregierung auf, diesen Abschluss „zeitnah und wirkungsgleich“ auf den Beamtenbereich zu übertragen. Von den Ländern verlangte sie, die „Reformschritte aufzugreifen, zu unterstützen

und in ihrem Bereich umzusetzen“. Doch dies verweigert der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), *Hartmut Möllring* (Niedersachsen). Er will den Gewerkschaften einen Tarifabschluss nach seinem Gusto diktieren: Längere Arbeitszeit auch über 40 Stunden hinaus, Nullrunde, Streichung des Urlaubsgeldes und radikale Kürzung des Weihnachtsgeldes. Noch brüstet er sich damit, dass die Gewerkschaften nicht fähig seien, einen Arbeits-

kampf gegen die Länder zu führen. Es wird Zeit, dass wir ihn in den nächsten Wochen eines Besseren belehren, sollte er nicht mit ernsthaftem Willen zur Einigung an den Verhandlungstisch kommen. Weigert sich die TdL, tarifpolitisch zu handeln, stehen die Gewerkschaften vor der Aufgabe, die Verhandlungen mit einzelnen Ländern zu suchen. Wenn es erforderlich ist, werden ver.di und GEW auch diesen Weg gehen.

*Heiko Gosch*

## Tarifergebnisse für Bund und Gemeinden

Der neue, für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter einheitliche Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVÖD) startet am 1. Oktober 2005. Ab diesem Zeitpunkt gilt auch die neue Entgelttabelle. Bestehende Arbeitsverhältnisse werden mit Besitzstandssicherung in die neue Tabelle übergeleitet.

Die Verhandlungen zur künftigen Eingruppierungssystematik werden spätestens zum 31. Dezember 2006 abgeschlossen.

Ab 2007 gibt es zusätzliche leistungsorientierte Entgeltangebote.

Für die Jahre 2005, 2006 und 2007 gibt es Einkommensverbesserungen:

Beim Bund (Ost und West) und den West-Gemeinden gleich hohe Einmalzahlungen von 300 Euro pro Jahr. Im Jahr 2005 werden je 100 Euro am 1. April, 1. Juli und 1. Oktober gezahlt. 2006 und 2007 gibt es jeweils 150 Euro zum 1. April und 1. Juli.

Im Tarifgebiet Ost der Gemeinden erfolgen anstelle der Einmalzahlungen weitere Angleichungsschritte in Höhe von jeweils 1,5 Prozent zum 1. Juli jeden Jahres. Ab 1. Juli 2007 gelten dann 97 Prozent des Westniveaus.

Im Übrigen bleibt es im Tarifgebiet Ost beim Tarifergebnis von 2003: Für die Gehaltsgruppen bis BAT Vc (alt) müssen die letzten drei Prozent bis zum 31. Dezember 2007, für die übrigen Gehaltsgruppen muss die volle Angleichung bis zum 31. Dezember 2009 verwirklicht werden.

Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld werden zu einer Jahresonderzahlung zusammengefasst. Die Höhe bemisst sich nach den bisher geltenden Regelungen.

Ab 2007 wird die Jahresonderzahlung wieder dynamisiert und nach Prozentsätzen der noch im TVÖD festzulegenden Bemessungsgrundlage (Monatsentgelt) gezahlt:

90 Prozent für Entgeltgruppen 1 bis 8

(z. B. Erzieherinnen), 80 Prozent für Entgeltgruppen 9 bis 12 (z. B. Sozialpädagogen) und 60 Prozent für Entgeltgruppen 13 bis 15 (z. B. Lehrkräfte, Wissenschaftler).

Die durch die Kürzung erwirtschafteten Personalmittel müssen für Leistungsentgelte wieder eingesetzt werden, andernfalls müssen die Gelder allen Beschäftigten pauschaliert wieder zurückgegeben werden.

Im Tarifgebiet Ost beträgt die Jahresonderzahlung wie bisher 75 Prozent des Westniveaus.

Die Dauer der Krankenbezüge wird für alle Beschäftigten auf einen Zuschuss zum Krankengeld umgestellt und zugleich von 26 auf 39 Wochen erhöht. Für diejenigen, die bisher eine Lohnfortzahlung bis zu 26 Wochen hatten, wird künftig die Differenz zwischen Nettoarbeitsentgelt und dem Nettokrakenngeld – ohne Anrechnung der Beiträge für Renten- und Arbeitslosenversicherung – gezahlt. Bei allen anderen bleibt es bei der bisherigen Regelung, dass die Sozialversicherungsabgaben vom Krankengeld nicht ausgeglichen werden.

Die Schutzbestimmungen zur Unkündbarkeit gelten im Westen unverändert weiter, werden aber nicht auf das Tarifgebiet Ost ausgeweitet. Das Gleiche geschieht mit den Sonderregelungen für befristet Beschäftigte (BAT SR 2y (alt)).

Der Tarifabschluss wird rückwirkend zum 1. Februar 2005 in Kraft gesetzt und hat eine Mindestlaufzeit bis zum 31. Dezember 2007.

Regelungen zum Abschluss von Arbeitsverhältnissen zur besonderen Arbeitszeit im Tarifgebiet (§ 3 des Tarifvertrages zur Sozialen Absicherung) werden auf Antrag der Gewerkschaften bis zum 31. Dezember 2009 verlängert.

Alle weiteren Tarifinfos unter: [www.gew.de](http://www.gew.de)



## Viele Probleme nicht gelöst

### BBiG-Reform verabschiedet

Nach ausgiebigen Diskussionen und heftigen Kontroversen zwischen Parteien, Arbeitgebern und Gewerkschaften vor und hinter den Kulissen hat der Bundestag Ende Januar in zweiter und dritter Lesung mit den Stimmen einer „großen Koalition“ aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und CDU/CSU die erste grundlegende Novellierung des seit 1969 geltenden Berufsbildungsgesetzes (BBiG) beschlossen.

#### Die wichtigsten Änderungen:

- Aufwertung vollzeitschulischer Ausbildungsgänge: Absolventen werden zukünftig zur Kammerprüfung zugelassen, sofern die jeweilige Landesregierung im Einvernehmen mit dem Landesausschuss für Berufsbildung eine entsprechende Verordnung erlässt.
  - Neue Regelungen im Bereich des Prüfungswesens: durch gestreckte Abschlussprüfungen als alternative Methode und die Option für den Prüfungsausschuss, für einzelne Prüfungsgegenstände gutachterliche Stellungnahmen Dritter – insbesondere von den berufsbildenden Schulen – einzuholen (so genanntes „Baden-Württemberger Modell“).
  - Stärkung des Gewichts der berufsbildenden Schulen: durch das Recht der Auszubildenden, ihre Berufsschulnote in das Abschlusszeugnis aufzunehmen.
  - Beschränktes Stimmrecht auf bestimmte Belange der Berufsausbildung: für die Berufsschullehrer in den Berufsbildungsausschüssen.
  - Stärkung der gemeinsamen Ausbildung: durch unterschiedliche Ausbildungsträger (Verbundausbildung).
  - Aufwertung der Stufenausbildungen.
- Aufwertung der Berufsbildungsausschüsse: Sie sind zukünftig verstärkt auch für Qualitätsfragen zuständig. Bemerkenswert ist: Das Kompetenzregel um Zuständigkeiten im Bildungsbereich (siehe *E&W* 02/2005) hat die Novellierung des BBiG nicht verhindern können. Es wird in seiner novellierten Fassung zum 1. April 2005 in Kraft treten.

Torsten Fust

Eine ausführlichere Anmerkung der GEW zur BBiG-Novelle finden Sie unter [www.gew.de](http://www.gew.de)

## Der Ball ist ins Feld geworfen

### GEW-Kommentar zur BBiG-Novellierung

Mit dem erleichterten Stoßseufzer „es ist vollbracht“ möchte man den erfolgreichen Hürdengang der BBiG-Novellierung kommentieren. Dem Bundesbildungsministerium (BMBF) ist es wirklich gelungen, einen konsensfähigen Entwurf vorzulegen, bevor fachfremde Politiker in den Parlamenten und vor allem im Vermittlungsausschuss das Opus in die Hände bekommen. Dabei hatten sich am Ende zwischen den beteiligten Verhandlungspartnern erstaunliche Koalitionen gebildet: Der DGB war sich schließlich in der Frage der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge mit der Wirtschaft einig, während die GEW die Position des BMBF unterstützte.

Zwar unterscheiden sich nach wie vor die Vorstellungen der Gewerkschaften zur BBiG-Novelle, wie sie in dem alternativen BBiG-Entwurf des DGB (vom Oktober 2004) und in verschiedenen GEW-Papieren formuliert wurden, hinsichtlich der Qualitätssicherung, der Entscheidungsprozesse in der Berufsausbildung, dem Prüfungswesen oder der Finanzierung, fundamental von denen der Arbeitgeber. Doch diese Gegensätze waren letztlich unerheblich. Der Grund: DGB



GEW-Berufsbildungsexpertin Ursula Herdt

und Wirtschaft lehnten gemeinsam die vom BMBF geplante Aufwertung des dualen Partners Berufsschule und vor allem der vollzeitschulischen Ausbildungsgänge ab. In mehreren gemeinsamen Erklärungen haben das Kuratorium der Wirtschaft für Berufsbildung (KWb) und der DGB – gegen die erklärte Auffassung der GEW – diese Absicht zu durchkreuzen versucht: Beide Organisationen sehen darin eine Gefährdung des dualen Systems. Die GEW dagegen hat die – sehr vorsichtige – Aufwertung der nichtbetrieblichen Ausbildungsgänge unterstützt und hält sie sogar für den einzig wirklich innovativen Ansatz der Novellierung.

Denn wenn die Länder entsprechende Rechtsverordnungen erlassen, besteht die reale Chance, dass die nicht ausreichenden betrieblichen Ausbildungsplätze durch gleichwertige außerbetriebliche Angebote ergänzt werden können. Auf diese Weise kann die soziale und ökonomische Fehlentwicklung der Warteschleifen gebremst werden. Mit dem § 43 Abs. 2 hat das BMBF – immer furchtsam nach Karlsruhe und auf die Sozialpartner blickend – den Ball ins Feld

geworfen. Nun muss er von den Ländern aufgefangen werden. Dazu gehört übrigens, dass sie ihr Vorgehen und ihre Standards für die Anerkennung vollzeitlicher Ausbildungen untereinander abstimmen.

Freilich – der große und notwendige Wurf einer umfassenden Berufsbildungsreform ist mit der Novellierung nicht gelungen. Wesentliche Probleme bleiben ungelöst: die Dominanz der Kammern, die sich immer mehr auf die öffentliche Hand verlagernde Finanzierung, die unterschiedliche Wertigkeit der Lernorte Betrieb und Berufsschule, die Defizite des Prüfungswesens, die zunehmende Exklusion vieler Jugendlicher mit niedrigeren Schulabschlüssen von einer Ausbildung, um nur einige zu nennen. Das Bundesbildungsministerium konnte und

wollte es nicht wagen, an diese Kernprobleme heran zu gehen. Die eigentliche Ursache für die deutsche Reformunfähigkeit in der Berufsbildung liegt in der im Grundgesetz angelegten Dualität verfassungsrechtlicher Zuständigkeiten von Bund und Ländern und im komplizierten Geflecht der beteiligten Interessen und Akteure. Skepsis ist angebracht, ob der vom BMBF beschworene „kooperative Föderalismus“ es schafft, dass mögliche Reformoptionen tatsächlich greifen. Derzeit sind eher Kleinstaaterei als gemeinsames, koordiniertes Vorgehen angesagt. Die Schwächung der Kultusministerkonferenz und die Kontroverse über die im Grundgesetz vorgesehenen Instrumente für die gemeinsame Bildungsplanung verstärken diesen Trend. Dazu kommt die mächtige Lobby der Wirtschaft, die im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern durch ihre Verfügungsmacht über die betrieblichen Ausbildungsplätze und durch ihre gesetzlich verankerten Rechte in der Berufsausbildung das Sagen hat.

Dennoch: Die Gewerkschaften müssen die positiven Ansätze der Reform aufnehmen und gerade in den Ländern darauf dringen, dass sie realisiert werden. Dazu gehört die Gleichstellung von nichtbetrieblichen Ausbildungen mit BBiG-Abschlüssen. Ebenso, dass wenigstens die nach der BBiG-Novelle jetzt mögliche, stärkere Berücksichtigung der Berufsschulleistungen in der Abschlussprüfung – so unzureichend sie auch ist – umgesetzt wird.

Ursula Herdt

Ursula Herdt



Foto: David Ausserhofer

**Kinder brauchen gut qualifizierte Erzieherinnen. Mit ersten Studiengängen ist ein Anfang gemacht.**

## Unis bieten Ausbildung an

### Ein kurzer Überblick

*Erzieherinnen mit akademischer Ausbildung? Was in fast allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union längst Standard ist, hält nun auch in Deutschland langsam Einzug. Sieben Fachhochschulen (Berlin, Freiburg, Hannover, Koblenz, Neubrandenburg, Oldenburg) und eine Universität (Bremen) in sechs Bundesländern haben Angebote zur Erzieherinnenbildung entwickelt. Einige der Studiengänge sind bereits angelaufen.*

**D**ie Schwerpunkte und Konzeptionen sind durchaus verschieden und reichen von der zweijährigen berufsbegleitenden Weiterbildung „Frühkindliche Bildung“ an der Uni Bremen, die mit einem Zertifikat der Universität abschließt, bis zum berufsbegleitenden Fernstudiengang „Bildungs- und Sozialmanagement mit Schwerpunkt frühe Kindheit“ an der Fachhochschule Koblenz. In fast allen Studiengängen erreicht man den „Bachelor of Arts“. An wen richten sich die Angebote? Drei Fachhochschulen setzen eine abgeschlossene Erzieherinnenausbildung voraus, wobei häufig die Fachschulausbildung mit zwei Semestern anerkannt wird. Abiturientinnen stehen drei FHs offen, sie müssen allerdings zumeist ein

Vorpraktikum in einer Tageseinrichtung für Kinder absolviert haben. Zudem sind an den meisten FHs für alle Bewerberinnen Zulassungstests und/oder Bewerbungsgespräche vorgesehen. Die Studienzeit liegt in der Regel zwischen sechs und sieben Semestern an den Fachhochschulen und ist überwiegend in Modulen organisiert. An den nicht berufsbegleitenden Studiengängen sind zumeist Praktika im Umfang von mehreren Monaten vorgesehen. An der Fachhochschule Neubrandenburg ist zusätzlich ein Praxistag pro Woche während des gesamten Studiums zu absolvieren. Ein vierwöchiges Auslandspraktikum gehört an der Fachhochschule Oldenburg-Ostfriesland-Wilhelmshaven zum Studium. Studiengebühren sind für den weiterbildenden Studiengang der Uni Bremen (3480,- € für das gesamte Studium) und den Studiengang an der Fachhochschule Freiburg (950,- € pro Semester) fällig. An den restlichen Fachhochschulen ist zumeist der allgemeine Semesterbeitrag zu bezahlen. Die Anzahl der Plätze liegt zwischen 20 und 40 pro Durchgang. Studienbeginn ist in der Regel einmal im Jahr.

Sarah Holze

*Eine ausführliche Übersicht enthält eine Synopse des Bereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit des GEW-Hauptvorstandes. Diese erhalten Sie per Mail unter [jubi@gew.de](mailto:jubi@gew.de) oder Telefon 0 69-7 89 73-3 29 oder als Download unter [www.gew.de/Kindertagesstaetten.html](http://www.gew.de/Kindertagesstaetten.html)*

## Akademisch!

### GEW-Kommentar

Nach Jahren erfolgloser Bemühungen ist durch die Entscheidung einzelner Hochschulen, eine wissenschaftliche Erzieherinnenausbildung anzubieten - teils als Aufbaustudium, teils als grundständiges Studium -, Bewegung in die Akademisierung der Ausbildung gekommen. Viele dieser Reforminitiativen sind auf Anregung der GEW mit auf den Weg gebracht und von der Gewerkschaft über Jahre begleitet worden. Der 11. Kinder- und Jugendbericht, das Forum Bildung, Ergebnisse der PISA-Studie und der OECD-Kita-Bericht haben diese Reformanstöße mit unterstützt. Bei dem langwierigen Reformprozess spielten die erhöhten Anforderungen an den Bildungsberuf sowie die Nichtvergleichbarkeit des Berufsabschlusses mit anderen europäischen Ländern, die die Mobilität deutscher Erzieherinnen deutlich einschränkt, eine entscheidende Rolle.



Foto: Inge Werth

**Norbert Hocke, Leiter des GEW-Vorstandsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit.**

Grundlage der neuen Erzieherinnenausbildung an Hochschulen sind die Erziehungs- und Sozialwissenschaft, die sich an den Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen orientieren. Die derzeit von den Hochschulen vorgenommene und favorisierte Neufassung der Inhalte in Module im Rahmen der Bachelor- (BA) und Master-Studiengänge (MA) sollte hinsichtlich einer inhaltlichen Bestimmung und theoretischen Fundierung allerdings überprüft werden. Die in der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) von 2000 vorgesehene Auflösung der Fächer in Lernbereiche greift jedoch zu kurz. Sie reicht nicht für eine fundierte Theorie des Bildungs- und Sozialisationsprozesses früher Kindheit aus, da sie zu pragmatisch ansetzt und die Inhalte des Lernbereichs lediglich handlungsorientiert bündelt.

In der heutigen Situation ist es aus Sicht der GEW unabdingbar, dass die an Ausbildung Beteiligten kooperativ zusammenarbeiten und sich unter der neuen Maßgabe einer Hochschulbildung vernetzen. In der Übergangszeit können Fachschulen von einer Zusammenarbeit mit Hochschulen profitieren, weil sie über die federführende Hochschule Zugang zur Forschungsförderung erhalten. Ziel sollte es vor allem sein, die vorhandenen Ressourcen der Fachschulen und der sozialpädagogischen Praxis mit einzubinden. Einige Hochschulen haben bereits durch gemeinsame Planung mit beteiligten Fachschulen eine wichtige Infrastruktur für die Studiengänge geschaffen. Der Prozess der Akademisierung der Erzieherinnenausbildung verläuft nicht geradlinig. Er muss als gemeinsames Anliegen der Fachschulen, Hochschulen und der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe verstanden und gestaltet werden.



Foto: privat

**Barbara Schmitt-Wenkebach**

Die GEW sieht die langfristige Perspektive in einer gemeinsamen Ausbildung aller Pädagogen - von den Erzieherinnen über die Sozialpädagogen bis hin zu Lehrern aller Schularten und Schulstufen - im Grundstudium mit einer Spezialisierung im Hauptstudium. Diesen Prozess gilt es voranzutreiben.

GEW-Jugendhilfe-Experte Norbert Hocke, Barbara Schmitt-Wenkebach



Foto: David Ausserhofer

Wer garantiert den Hochschulen, dass Studiengebühren ihre Kassen füllen?

## Eintrittsgeld für Bildung

### Das neue „Luftschloss“ der deutschen Hochschulreform

Mit dem Studiengebühren-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar komme endlich die „lang ersehnte Hochschulreform in Gang“, schreibt das Handelsblatt Anfang Februar. Tut sie das wirklich? Die Befürworter sind hier in der Bringschuld. Eines steht fest: Studiengebühren werden soziale Ungerechtigkeit und Selektion im Bildungssystem verschärfen.

Überall in Deutschland jubeln die Studenten, tanzen ausgelassen auf den Straßen: Endlich ist das Studium etwas wert, weil es demnächst auch etwas kostet“ ulkte das Satiremagazin Titanic Ende Januar nach Aufhebung des bundesweiten Studiengebührenverbotes durch das Bundesverfassungsgericht. Was die Titanic-Autoren mit ihrem schwarzen Humor unter das Volk brachten, war dagegen den Studiengebühren-Verfechtern von der Union, über Rektorenkonferenz und Bertelsmann-Stiftung bis hin zu der neoliberalen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ in fast wortgleichen Jubelklärungen bitterer Ernst: Endlich sei „ein zentrales Hindernis für eine gute Ausbildung“ beseitigt worden! Endlich ziehe Wettbewerb und Qualität auch an deutschen Hochschulen ein! Studienge-

bühren sozusagen als ‚Meilenstein‘ für die deutsche Hochschulreform? Doch sechs Wochen nach dem Urteilspruch des höchsten deutschen Gerichts ist bei den Gebühren-Fanatikern eher Ernüchterung eingekehrt. Entgegen ihren vollmundigen Erklärungen zuvor sind jetzt weder plausible, bundesweit praktikable Stipendien- und Kreditsysteme greifbar, noch sind Lösungen in Sicht, wie auf den erwarteten Run der Studierenden von Ländern mit Studiengebühren in Länder ohne Studiengebühren reagiert werden kann. Rheinland-Pfalz und auch andere SPD-geführte Länder drohen als „Notlösung“ mit Landeskinderregelungen, nach denen nur den ‚eigenen‘ Abiturienten künftig ein gebührenfreies Studium ermöglicht werden soll. Der deutsche Bildungs-Föderalismus legt erneut den Offenbarungseid seiner Zukunftsunfähigkeit ab.

### Offene Fragen ohne Ende

Bayern und Baden-Württemberg treten plötzlich auf die Bremse: Nicht mehr sofort, wie zunächst angekündigt, frühestens 2006/2007 soll jetzt an den Hochschulen kassiert werden. Denn die eigenen Landesbanken tun sich mit Kreditmodellen noch schwer. Angesichts der absoluten Niedrig-Zins-Phase lesen sich ihre Berechnungen für Studiengebühren auf Pump derzeit zwar gut. Doch was tun, wenn der Leitzins wieder

in die Höhe schnell, wenn Studierende aus EU-Ländern in Deutschland dann die gleichen Kreditkonditionen wie ihre deutschen Kommilitonen beanspruchen – das Ausfallrisiko bei der Rückzahlung kräftig steigt und die Banken nach Absicherung durch den Staat rufen? Die offenen Fragen nach dem Studiengebühren-Urteil wollen kein Ende nehmen:

Wer garantiert den Hochschulen, dass das zusätzliche Geld tatsächlich auf Dauer ihre Kassen füllt, dass die Finanzminister nicht zugleich an anderer Stelle die gerade gewonnenen Einnahmen wieder abzwacken? Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) wird nicht der einzige unter seinen Amtskollegen bleiben, der mindestens die Hälfte der künftigen Gebühreneinnahmen dem Staatsäckel zuführen will.

### Studium auf Pump

Hamburgs Wissenschaftssenator Jörg Dräger (parteilos) setzt gleich auf die große Lösung. Zusammen mit einigen Unionsfreunden will er nicht nur die Studiengebühren, sondern auch das BAföG künftig über verzinsbare Voll-darlehen finanzieren. Bei einem zehnmestrigem Studium auf Pump hätten Studierende dann nach internen Berechnungen der Bundesregierung mit Rückzahlungssummen zwischen 65 000 und 125 000 Euro zu rechnen – je nach Laufzeit, Zinsgarantie und Ausfallbürgschaft des Staates. Weil solche Zahlen nicht so gut ankommen, will Dräger einen Teil der bisherigen BAföG-Gelder des Staates für Zinsdeckelung und Ausfallbürgschaften einsetzen. Doch die Bundesregierung zeigt Dräger bislang zu Recht die Rote Karte. Warum sollte der Bund die Studiengebühren-Pläne der Länder subventionieren und damit letztlich für ihr Versagen bei der Grundausstattung der Hochschulen aufkommen? Einvernehmlich hatten alle Bundestagsfraktionen im April 2001 die letzte große BAföG-Reform auf den Weg gebracht. Auch wenn sich damals nicht alle Blühträume verwirklichen ließen, wie etwa eine vom Elterneinkommen unabhängige Grundförderung für alle Studierenden, so hat die Reform doch wenigstens ein kleines Stückchen mehr an Sozialausgleich an den Hochschulen gebracht. Jeder fünfte Studierende (21 Prozent) stammt inzwischen wieder aus einem Haushalt, in dem die Eltern nur Hauptschulabschluss haben. Im Jahr 2000 waren dies nur 16 Prozent. Warum eine solche Entwicklung mit Studiengebühren und BAföG-Voll-darlehen jetzt leichtfertig auf's Spiel setzen?

Max Loewe

## „Fo(e)rdert uns nicht über Gebühr(en)“

### GEW-Kommentar zu Studiengebühren

Die neoliberalen Markt-Apologeten haben sich durchgesetzt – wieder einmal. Das Bundesverfassungsgericht hat das Studiengebührenverbot des Hochschulrahmengesetzes außer Kraft gesetzt. Eine weitere Hürde auf dem Weg in den Gebührenstaat ist beseitigt. Die Länder können Studiengebühren einführen. Nur vordergründig geht es um ein neues Kapitel der unsäglichen Föderalismus-Geschichte. Im Kern geht es um einen weiteren Angriff auf den Sozialstaat. Die vom Grundgesetz garantierten gleichen Lebens- und Arbeitsbedingungen werden dem neoliberalen Wettbe-



GEW-Hochschulexperte Gerd Köhler

werbsföderalismus geopfert. Der Bund soll das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen den reicheren und den ärmeren Regionen der Republik nicht mehr ausgleichen, die finanzstärkeren Bundesländer wollen nicht mehr mit den finanzschwächeren teilen. Es lebe die Ellbogengesellschaft. Der Sozialstaat dagegen versteht Bildung – vom Kindergarten über Schule und Berufsausbildung bis zur Hochschule – als öffentliches Gut. Der Zugang soll kostenfrei sein, weil die Teilhabe an Bildung und Wissenschaft Voraussetzung für die Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft und Ökonomie ist – im individuellen wie im gesellschaftlichen Interesse.

Die Antworten der Wissenschaftsminister aus Bayern und Baden-Württemberg auf die Auflage des Bundesverfassungsgerichtes, die Studiengebühren „sozialverträglich“ einzuführen, sind kläglich. Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass der Bund seinen BAföG-Haushalt um den Betrag erhöhen wird, den die Länder als Studiengebühren verlangen. Erst kegeln sie den Bund raus, und dann bitten sie ihn zur Kasse

Nun kommen die neoliberalen Ökonomen mit dem Vorschlag, die Studierenden sollten die Studiengebühren durch Kredite selber finanzieren. Schnäppchen-Jäger unter den Banken und Kreditinstituten buhlen schon um Studierende aus den „marktgemäßen“ Fachbereichen.

Ernster zu nehmen ist der Versuch der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sich ein neues Geschäftsfeld zu erschließen. Ganz offensichtlich am Bundesbildungsministerium vorbei hat die öffentliche

Bank ein Konzept entwickelt, das allen Studierenden ein „elternumabhängiges“ Darlehen in Höhe von 650,- Euro pro Monat für die Regelstudienzeit anbietet. Dafür sind „marktkonforme“ Zinsen zu zahlen. Die drohenden Schuldenberge sind berechenbar. Aus dem damit überflüssig werdenden Sozialgesetz BAföG würde ein Bankenförderungsgesetz – die alte Abkürzung könnte bleiben. Unterstützung werden die Studierenden bei „ihren“ Rektoren und Hochschulpräsidenten nicht finden. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ist im vergangenen Sommer den neoliberalen Verlockungen

erlegen, als sie sich mit überwiegender Mehrheit für die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen hat. Wie schwach sind die angeblich „starken Männer“, wenn sie die Mittel, die sie bei den Ländern nicht durchsetzen können, nun von den Studierenden verlangen, deren Interessen zu vertreten sie doch ständig beteuern? Mehr als die Aufkündigung der „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ haben sie nicht erreicht. Die Länder werden die Gebühren kassieren, die Hochschulen ihre Haushaltslöcher nicht stopfen.

Bei den von der HRK beschlossenen 1000,- Euro pro Jahr und Student wird es nicht bleiben. HRK-Präsident Peter Gaethgens kann sich nach einer Eingewöhnungszeit auch die dreifache Summe vorstellen. Die durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ermöglichte „Wende“ in der Hochschulpolitik bedeutet die Aufkündigung des Generationenvertrags: Die ältere Generation erklärt der jüngeren, dass sie nicht länger gewillt sei, durch Steuern die Kosten für die Ausbildung zu tragen. Die Studierenden sollen ihr Studium selbst bezahlen – durch Studiengebühren oder mittelbar durch Darlehen. Sie sollen kräftig in ihre Zukunft investieren, damit sie das Geld verdienen, das die Älteren als Renten oder Pensionen von ihnen erwarten. Eine solche Einbahnstraßen-Solidarität wird die jüngere Generation – eh schon durch die heutigen Schuldenberge belastet – nicht hinnehmen. Soll doch die ältere Generation selbst für ihre Alterssicherung sorgen, werden sie sagen, und die Abkehr vom Sozialstaat beschleunigen. Gerd Köhler

## Gebühren – sozial verträglich? Ein Vorurteil

Die aktuelle Debatte um Studiengebühren ist stark von *Vorurteilen* geprägt. Drei Beispiele für solche Vorurteile sind *erstens*: Studiengebühren können sozial verträglich gestaltet werden. *Zweitens*:



Foto: privat

Alexander Bagatini

Studiengebühren erhöhen die Qualität der Bildung. *Drittens*: Studiengebühren steigern die Eigenverantwortung der Studierenden. Wohlge-merkt handelt es sich nicht

notwendig um falsche Urteile, sondern um noch nicht begründete Meinungen.

Wer „erstens“ behauptet, muss zunächst einmal angesichts der Probleme mit BAföG die Hoffnung auf eine funktionierende Darlehensregelung begründen. Auch muss man glaubhaft die Vereinbarkeit drohender Schuldenberge mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit belegen.

Die Suggestivwirkung von „zweitens“ ist sehr groß, weil es immer erstrebenswert ist, die Qualität der Bildung zu erhöhen. Wenn dies der Zweck ist, sind dann aber Studiengebühren ein hinreichendes oder auch nur notwendiges Mittel dazu?

Durch „drittens“ wird der Begriff der Verantwortung nur einseitig beleuchtet. Wer Verantwortung von den Studierenden verlangt, muss dies auch auf Seiten der Universitäten tun. D. h., werden Studenten Ausbildungsschulden zugemutet, muss auch die Qualität einer entsprechenden Ausbildung mit Job-Perspektive verbürgt sein.

Es ging hier nicht einfach darum, contra „erstens“ bis „drittens“ zu argumentieren. Es sollte lediglich darauf hingewiesen werden, dass diejenigen, deren gesellschaftliche Visionen unter anderem auf diesen Aussagen basieren, zunächst einmal in der Begründungspflicht sind. Diese Pflicht wurde bisher nicht eingelöst.

Alexander Bagatini,  
Doktorand der Philosophie, Frankfurt

## „Es geht nicht nur um ein paar hundert Euro“

Das Bundesverfassungsgericht hat die Errungenschaft eines bundesweiten gebührenfreien Erststudiums gekippt, indem es die Argumentation der Gebührenbefürworter eins zu eins über-



Foto: privat

Nele Hirsch

nahm und die Klarstellungen der Gegenseite ignorierte oder als pure Spekulation kennzeichnete.

Außerdem hoben die Richter gleichzeitig die bisher in allen Bundesländern abgesicherten studentischen

Mitbestimmungsrechte auf. Zukünftig sollen Studierende als Kundinnen und Kunden an die Hochschulen kommen, anstatt als gleichberechtigte Mitglieder über ihr Studium, die Hochschulentwicklung und den gesellschaftlichen Kontext mitzuentcheiden.

Gegen diese Entwicklungen werden wir uns zur Wehr setzen. Als Protestauftakt planen wir, am 1. Mai zusammen mit den Gewerkschaften zu demonstrieren. Im Anschluss sind Protest- und Aktionswochen an den Hochschulen vorgesehen. Ein gemeinsames Vorgehen und vor allem eine gemeinsame Diskussion ist uns wichtig. Nur so kann es uns gelingen, ein sozial gerechtes und demokratisches Bildungssystem zu erstreiten. Es geht deshalb nicht nur um „ein paar Hundert Euro“, wie oft polemisch behauptet wird. Studiengebühren werden das bereits bestehende aussortierende Bildungssystem noch ein gutes Stück selektiver machen und damit das Recht auf Bildung weiter einschränken. Studiengebühren sind ein weiterer Schritt hin zu einem marktförmig geprägten Bildungssystem, in dem anstelle eines gemeinsamen Lehrens und Lernens die individuelle Konkurrenz steht.

Schon heute sind Bildungschancen ungleich verteilt: Nur rund zehn Prozent der Studierenden kommen aus finanzschwachen Familien. Mit der Einführung von Erststudiumsgebühren wird diese Situation zementiert und noch verschärft.

Nele Hirsch, Vorstandsmitglied  
im Studierendendachverband fzs  
(freier Zusammenschluss von studentenschaften)  
Weitere Informationen: <http://www.fzs-online.org>

## Die Leistungsgesellschaft verinnerlicht?

Woher kommt es, dass ein Teil der Studenten den aktuellen Entwicklungen der Studiengebühren teilnahmslos gegenübersteht? Ist es Gleichgültigkeit, Resignation, reine Ignoranz? Vielleicht sind es auch einfach die aktuellen Zustände an den Hochschulen und das Wissen um die Unabwendbarkeit der Studiengebühren.

Da die Universitäten mit unzureichenden Mitteln arbeiten, ist der Ruf nach Studiengebühren nahe liegend. Und dass diese den Universitäten zukommen müssen und sozial verträglich ausfallen sollen, ist Konsens. Gleichzeitig fokussiert sich die staatliche Förderung auf eine Elitenbildung. Zugleich

aber wird eine breitere Akademisierung der Gesellschaft gefordert. Ein Widerspruch. Von Studenten wird

nach dem Karlsruher Urteil jedoch nicht nur eine größere persönliche Verantwortung erwartet. Die neue Elitenförderung eröffnet unter ihnen auch einen stärkeren Wettbewerb. Zu Beginn des Studiums wird künftig also bereits eine Klassenzuteilung erfolgen. Und es ist wahrscheinlich, dass sich eine Studienfinanzierung ebenso differenziert gestaltet. Die politischen Forderungen nach Studiengebühren,

die nach dem Urteil neuen Schub bekommen, kann man daher auch als Impuls verstehen, der nicht nur den Weg zu einer alternativen Finanzierung der Breitenausbildung ebnet, sondern zugleich eine Privatisierung der Elitenbildung ermöglicht. Vielleicht sind sich die Studierenden inzwischen der Wettbewerbssituation, in der sie stehen, bewusster und sie sind jetzt eher bereit, für ihre Ausbildung, wenn sie dadurch ihre Studienbedingungen und beruflichen Chancen verbessern können, zu zahlen. Und vielleicht zeigt sich darin auch einfach, dass viele Studenten die Leistungsgesellschaft verinnerlicht haben.

Stephanie Eberhardt, Architekturstudentin  
Thomas Köller, Jurastudent Berlin



Foto: privat

Stephanie Eberhardt



Foto: privat

Thomas Köller

# Recht und Rechtsschutz 3/2005

Informationen der GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.

Verantwortlich: Paul Michel,  
Volker Busch, Gerhard Jens

57. Jahrgang

## Lebensarbeitszeit

### **Im Dienst über das 65. Lebensjahr hinaus**

*Die einen sehnen den Ruhestand herbei, die anderen würden gerne länger arbeiten – sogar über die gesetzliche Grenze des 65. Lebensjahres hinaus. Ist das möglich?*

Ein Hochschulbeamter im höheren Dienst stellte den Antrag, über das 65. Lebensjahr hinaus für mindestens ein Jahr länger im Dienst zu bleiben. Er war als Justiziar und Abteilungsleiter tätig und hätte sich auch mit einer Weiterbeschäftigung ausschließlich als Justiziar begnügt. Die Hochschule lehnte ab, das zuständige Verwaltungsgericht (VG) wies seinen Eilantrag auf einstweilige Anordnung als nicht zulässig zurück. Schließlich verneinte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz den Anspruch auf eine Verlängerung der Dienstzeit mit einem Beschluss rechtskräftig. Die OVG-Richter betonten allerdings, entgegen der Begründung des VG, dass ein Antrag auf Verschiebung der Altersgrenze grundsätzlich zulässig sei.

Die Formel für flexible Altersgrenzen lautet: *Grundsätzlich ja, aber ...* Zunächst standen und stehen im geltenden Recht die öffentlichen Interessen der Dienstherrn im Vordergrund. In den entsprechenden Landesgesetzen wurden die Altersgrenzen bereits flexibilisiert, damit bei Bedarf erfahrene, bewährte Beamte länger zur Verfügung stehen können. Das Interesse der Allgemeinheit an einer effektiven Personalwirtschaft wird als Begründung ebenso angeführt wie die Auswirkungen des demografischen Wandels: Man rechnet in Zukunft mit einem Mangel an qualifiziertem Nachwuchs.

Allerdings existieren – davon unberührt – die persönlichen Bedürfnisse der Mitarbeiter, die auch den Hochschulbeamten zum Antrag bewogen haben. Bei der Gestaltung der Lebensarbeitszeit, so die OVG-Richter, zeichne sich ein wachsendes Bedürfnis nach individueller Bestimmung ab, dem der Gesetzgeber Rechnung trage. Er räume den Beamten das individuelle Antragsrecht ein, die Dienstzeit über den gesetzlichen Rahmen hinaus zu verlängern. Allerdings leite sich daraus kein Rechtsanspruch ab. Die letzte Entscheidung über die Weiterbeschäftigung fälle der Dienstherr, der personalwirtschaftliche und organisatorische Gegebenheiten prüfen müsse. Liege kein dienstliches Interesse vor, werde ein Antrag in der Regel abgewiesen. Die subjektiven Rechte und Interessen der Antragsteller stünden nicht im Vordergrund.

*(OVG Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 17. September 2004, AZ 2 B 11470/04, rechtskräftig)*

## Beamtenrecht

### **Schadenersatzanspruch bei zu später Beförderung**

*Auch wenn im Verfahren keine Rechtsmittel eingelegt werden: Übergeht der Dienstherr Beamte bei Beförderungen zu Unrecht, haben sie Anspruch auf Schadenersatz.*

Massenbeförderungen, bei denen die Zahl der Aspiranten größer ist als die Summe der offenen Planstellen, bedürfen der sorgfältigen Gestaltung. Der Dienstherr entwirft in der Regel Kriterien für ein Auswahlverfahren. Die jedoch, das monierte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) im letzten Jahr, müssen für die betroffenen Beamten transparent und das Verfahren nachvollziehbar sein.

Im vorliegenden Fall ging es um die jährliche Beförderungsaktion zum Oberstudienrat in Rheinland-Pfalz. Hauptkritikpunkte des BVerwG: Beamte bringe man in eine Rangfolge, die sich aus fik-

tiv ermittelten Anstellungsdaten ergebe. Diese teile man den Betroffenen zwar mit, sie ließen allerdings keine Rückschlüsse auf die persönlichen Erfolgsaussichten zu. Zudem bleibe im Dunkeln, ob und wie gesetzliche Auslesekriterien – etwa der Grundsatz der Bestenauslese – beim Ermitteln der fiktiven Anstellungsdaten berücksichtigt worden seien.

Im vorliegenden Fall klagte eine Lehrerin durch alle Instanzen, die in den Jahren 2000 und 2001 zwar die formalen Voraussetzungen für die Beförderung zur Oberstudienrätin (aktuelle Beurteilung „sehr gut“) erfüllte, aber dennoch übergangen wurde. Ihr Widerspruch gegen das fiktiv festgelegte Anstellungsdatum im Jahr 2001 wurde mit der Begründung abgelehnt, sie habe das fristgerechte Einlegen von Rechtsmitteln versäumt.

Erst die Richter des BVerwG entschieden zugunsten der Klägerin und ordneten die Neuverhandlung an. Das Gericht bemängelte, dass der Dienstherr den unterlegenen Bewerbern nicht rechtzeitig vor der Neubesetzung einer Planstelle Gelegenheit eingeräumt habe, Rechtsmittel einzulegen. Zudem habe die Klägerin nicht die erforderlichen Informationen über den Stand und die Qualität des Auswahlverfahrens besessen, um die richtige Rechtsschutzentscheidung zu treffen. Dazu hätten ihr die Anzahl freier Planstellen und die persönliche Rangfolge bekannt sein müssen.

Unterrichte man Beamte nicht ausreichend, gebe es auch dann einen Anspruch auf Neuverhandlung der Beförderung, wenn sie im Auswahlverfahren keine Rechtsmittel eingelegt hätten. Stellt sich dabei heraus, dass der Dienstherr weitere gesetzliche Kriterien – etwa die Bestenauslese – verletzt hat, begründet sich ein Schadenersatzanspruch. Rückwirkend ab 2000 hätte die Klägerin dann Anspruch auf alle Leistungen einer Oberstudienrätin. Die Entscheidung darüber liegt jetzt bei der Berufungsinstanz. Sie muss prüfen, ob die Auswahlentscheidung des Dienstherrn Bestand hat oder fehlerhaft war. *(BVerwG, Urteil vom 1. April 2004 – AZ 2 C 26 03)*

Lebensarbeitszeit

Beamtenrecht

## Beharrliches Schweigen

(Schwerpunkt Bildungsföderalismus, E&W 2/05, Seite 6ff.)

Als Nicht-Lehrer und langjähriges GEW-Mitglied habe ich mich sehr darüber gefreut, dass Sie das Föderalismus-Thema aufgegriffen haben und dabei auch auf die Hochschulseite eingegangen sind, die ja ansonsten nicht so viel Raum in der „Lehrerzeitung“ hat. Was jetzt in Sachen Deregulierung vor sich geht, das geht ganz eindeutig zu Lasten der Studenteninteressen. Es ist wirklich erstaunlich, dass diejenigen, um die es doch mindestens zur Hälfte geht, in der ganzen Debatte nicht vorkommen und die bundesdeutsche Elternschaft in beharrlichem Schweigen verharrt.

*Christoph Müller, Karlsruhe*

## Falscher Klassenkampf

(Leserbriefe E&W 1/05, Seite 33)

Ich bin erstaunt, wie verletzt viele Kolleginnen und Kollegen auf die „grüne E&W“ vom Januar 2005 mit Rechtschreib- und Rechenfehlern reagiert haben. Die Verletztheit zeigt die Lage von Unterrichtenden in der Bundesrepublik: 1. Die Medienreaktion auf PISA, die zuerst nur die Lehrer als zu alt, inkompetent und fortbildungsunwillig anprangerte und erst später die Unfähigkeit und das Versagen der Kultusministerien kritisierte. 2. Die Verschärfung der Arbeitssituation durch Sparmaßnahmen der Ministerien, die sinnvolles Unterrichten je nach Schulart erschwert oder fast unmöglich macht. Dass diese Situation der Öffentlichkeit so wenig bewusst ist, liegt an uns. Wir schaffen es nicht, „Nein“ zu sagen, weil das angesichts der Bedürfnisse von Schülern, ihrer Lebendigkeit, ihrer Fähigkeiten so schwierig ist. 3. Die Verletztheit zeigt aber auch, wie sehr wir die Viergliedrigkeit unseres Schulsystems verinnerlicht haben. Im Einzelnen: Welche Möglichkeiten haben Gymnasial- und Realschullehrer, außer Schüler mit schlechten Leistungen auf die nächstniedrige Schulart zu verweisen? Es gibt keine Möglichkeit der Förderung an diesen Schulen. Nicht weil die Lehrer nicht wollen, sondern weil die Organisation der Schule Förderung einzelner Schü-

ler unmöglich macht. So ist Selektion nach unten die einzige Möglichkeit eines gegliederten Systems – mit der Folge, dass Hauptschullehrer die schwierigste Arbeit leisten. Trotzdem sind Ansehen und Bezahlung der Hauptschullehrer schlecht, zumindest die Bezahlung der Gymnasiallehrer ist besser, obwohl sie die pädagogisch einfachste Arbeit machen. Aber auch wir Lehrer klassifizieren uns: Das Selbstbewusstsein der Gymnasiallehrer ist höher als das der Hauptschullehrer, sie selbst sind vielleicht die größten „Hauptschulverächter“. Falscher Klassenkampf innerhalb des Klassensystems Hauptschule?

*Ursula Leppert, München*

## „Verbot hinterfragen“

(Auf einen Blick, E&W 2/05, Seite 4-5)

Die Wirksamkeit eines Rauchverbotes muss wie jedes andere Verbot, z. B. Schneeballwerfen auf dem Schulhof, hinterfragt werden. Dem jungen Menschen wird die Verantwortlichkeit entzogen, eine Werteordnung aufzustellen, d. h. die Gesundheit ist mir wichtiger als der Augenblicksgenuss. Damit wird den Lehrern die Beeinflussungsmöglichkeit einer sinnvollen Gesundheitserziehung genommen, dass sich die Schüler selbstständig nach demokratischen Prinzipien gegen oder für das Rauchen entscheiden.

Dies wiederum hat zur Folge, dass sich einige Lehrer ausschließlich auf das Verbot berufen und auf die pädagogische Einflussnahme verzichten. Die Übertretung von Verboten ist aber für Schüler ein reizvolles Risikospiele. Ein abgestimmtes Gebot, z. B. Raucherlaubnis ab 15 Jahren in einer von jüngeren Schülern nicht einsehbaren Raucherzone, wäre ausreichend und sinnvoll.

*Peter Wendeborn, Liebenburg*

## Veranstaltungen

### Schick meine Freundin zur Schule

„Schick meine Freundin/meinen Freund zur Schule“ – lautet das Motto der Globalen Aktionswoche für Bildung in diesem Jahr. Vom 25. bis 29. April 2005 werden sich Schüler/innen überall auf der Welt in ihrem Unterricht mit den Gründen dafür beschäftigen, warum vielen Kindern, vor allem in Entwicklungsländern, der Zugang zu Bildung – und damit auch der Weg aus Armut und Unterdrückung – verwehrt bleibt. Ziel der Kampagne ist die Durchsetzung des Millenniumsentwicklungsziels „Bildung für alle“, nämlich allen Kindern und Erwachsenen weltweit bis zum Jahr 2015 zu einer kostenlosen, angemessenen Grundbildung zu verhelfen. Noch sind wir weit von diesem Ziel entfernt. Und auch das erste Etappenziel, die Gleichstellung von Mädchen und Jungen bei den Einschulungsraten bis zum Jahr 2005 wird leider verfehlt. Die Schirmherrin der Globalen Bildungskampagne in Deutschland, *Gesine Schwan*, ruft Lehrer/innen und Schüler/innen dazu auf, die Aktion in diesem Schuljahr besonders zahlreich zu unterstützen.

Weitere Informationen und Anmeldeformular: [www.gew.de/kampagnen.html](http://www.gew.de/kampagnen.html) oder [gce@gew.de](mailto:gce@gew.de)

## Materialien

### GEW-Genderreport 2004

Ein Blick auf die aktuellen PISA-Ergebnisse zeigt: Über Bildung werden Chancen verteilt. Die Chancen – und Leistungen – von Mädchen und Jungen sind unterschiedlich. Nicht nur im allgemein bildenden Schulsystem, auch in den verschiedenen Sparten der Berufsausbildung und dem Angebot der Hochschulen profitieren Mädchen und Jungen, Frauen und Männer in sehr unterschiedlicher Weise bzw. werden strukturell benachteiligt.

Im „GEW-Genderreport 2004“ wird eine Bildungsverlaufsstudie von Mädchen und Jungen gemeinsam mit den Daten zur Entwicklung in Bildung und Wissenschaft veröffentlicht. Neben allgemeinen Übersichten und internationalen Vergleichen wird hier die Bildungsbeteiligung und die Beschäftigungssituation in Jugendhilfe, allgemein bildenden Schulen, Berufsbildung Hochschule und Wissenschaft kompakt zusammengestellt und übersichtlich präsentiert.

Der „GEW Genderreport 2004“ findet sich auf der GEW-Homepage unter [http://www.gew.de/genderreport/neu\\_Gender-Report27\\_10\\_04.htm](http://www.gew.de/genderreport/neu_Gender-Report27_10_04.htm) GEW-Mitglieder können die Broschüre gegen Einsendung eines adressierten und mit 1,44 Euro frankierten DIN A 4-Umschlags beziehen über GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Frauen-politik, Postfach 90 04 09, 60444 Frankfurt/Main

## Fehlerteufel

### Mai-Meeting 2005

In der Ankündigung zum Mai-Meeting 2005 in E&W 1/2005, Seite 32, hat sich ein Fehler eingeschlichen.

Beim Teilnahmebeitrag muss es natürlich richtig heißen: *Nichtmitglieder aus den neuen Bundesländern zahlen 132 Euro.* E&W

# Diesmal

## Der bürgerliche Widerstand erwacht

